

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gesaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Zentrumskomödie.

Biemlich genau so, wie wir es unseren Lesern voraus-sagten, ist der Verlauf der Beratung des Sozialistengesetzes erfolgt, nur dass die entscheidende Abstimmung über die Verlängerung des Gesetzes schon in die zweite Lesung gefallen ist und in der dritten Lesung nur einfach wiederholt wird.

Im Allgemeinen wurde angenommen, daß die Ver-längerung des Ausnahmegesetzes nur mit ganz knapper Ma-jorität durchgehen würde, jedoch haben wir dies stets be-stritten und auf eine größere Majorität hingewiesen. Diese hat sich auch zusammengefunden, da mindestens die Hälfte des Zentrums für die Verlängerung des un-eränderten Gesetzes gestimmt hat, so daß dieselbe mit 27 Stimmen Majorität angenommen wurde.

Die anwesenden Deutschfreisinnigen stimmten sämt-lich gegen das Gesetz; die Sozialdemokraten waren voll-zählig am Platze.

Eine namentliche Abstimmung, die auf Antrag von mindestens 50 Mitgliedern stattfinden muß, wurde nicht beliebt, so daß man weder die Stimmenden, noch die Fehlenden genau kontrolliren kann. Bei der dritten Lesung aber soll der Versuch gemacht werden, eine namentliche Ab-stimmung zu erzielen. Doch nun wollen wir uns den Ver-lauf der ganzen Beratung des Sozialistengesetzes noch einmal vergegenwärtigen, um das Gaukelspiel des Abg. Windthorst in seinem vollen Glanze würdigen zu können.

Um seine und des Zentrums Volks- und Freiheitsfreund-lichkeit in hellem Lichte zu zeigen, brachte Dr. Windthorst in der Kommission eine Reihe von Abänderungsanträgen ein, welche einzelne Befugnisse der Polizei beschränken, im Uebrigen aber das Gesetz in seiner vollen Härte bestehen lassen wollten. Mit Trompetenton wurde dem stannenden Volke verkündet, daß unter der Führung der „schwarzen Schaar“ das Volkwerk der Reaktion, das Sozialistengesetz im Sturm genom-men — pardon — langsam abgetragen werden sollte. Und wie gestaltete sich dieser Angriff?

Nicht mit Speien und Stangen und Brecheisen be-waffnet, rückte die „Schwarze Schaar“ heran, sondern ihr Führer Dr. Windthorst mit einem Schurzfell angethan und mit der Maurerkelle in der Hand kramte an dem Volkwerk herum, so daß etwas Mörtel herabfiel.

Das war die ganze That!

In der Kommission wurden die Windthorst'schen An-träge bekanntlich angenommen; das ganze amendirte Gesetz aber verworfen, da die Linke des Reichstags das abgekratzte Reaktionsvolkwerk noch immer für gefährlich hielt und die Rechte nur ein wieder aufgeputztes haben wollte.

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. G. Brachvogel.

(Fortsetzung)

„Verrückt, verrückt! Alle Welt ist verrückt!“ Inrischte Edmund, als er vom „kalten Stein“ abfuhr. „Gott sei Dank, daß ich aus dem Reste herauskomme! Mathilde will wohl in Rattenkleid und Schürze die Höhe des Lebens finden! Karriere soll ich machen, aber solide soll ich leben! Ein Weib nehmen, aber nicht so und nicht so! Hol's der Henker, ich renn' gerade durch und handle, wie mir's paßt! Das ist die alte Manier, mit mir umzu-springen! Alle korrigiren sie an mir, und schließlich ist's Keinem recht! — Hab, da kommt Oberhoff! — Wie lang-weilig, philisterhaft die Kneipe daliegt! — O Schaum der Jugend — und — dahinter ist nichts! Fahr' zum Teufel, Schwager, jede Stunde eher in S... ist ein Profit am Leben!“

Viertes Kapitel.

Die Meinung, welche Edmund von den Personen und Dingen im „kalten Stein“ nunmehr zu hegen für gut fand, war weder seiner Liebe zu Mathilden, noch zum Vaterhause sonderlich vorthellhaft. Statt in sich die einzige Quelle alles Widerspruchs und aller schlimmen Veränderungen zu suchen, hatte er die Gewohnheit der meisten Menschen: allen Uebri-gen die Schuld des Zwiespalts beizumessen, sich selbst aber für höchst vernünftig zu halten. Zu dieser ver-lehrten Meinung kam noch der Verdruß, während seines Besuches bemerkt zu haben, daß ihn Jeder noch für den alten unbedonnenen Knaben nahm, welchen man zu seinem eigenen Heile modeln und reifen müsse. Daß er jetzt der Erziehung wirklich um so bedürftiger war, als er bis jetzt eben gar keine, oder, was schlimmer war, die wider-sprechendste von der Welt empfangen, kam seiner wachsen-

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich im Reichstage selbst. Die Amendements Windthorst wurden zunächst angenom-men; das also amendirte Gesetz wurde aus denselben Gründen wie in der Kommission wieder abgelehnt, da auch die Regierung sich mit einem solchen nicht einverstan-den erklärte.

Da also die Regierung und die konservativen Parteien sich den Anträgen Windthorst widersetzt hatten, so wäre es eigentlich in der Ordnung und im Sinne der Zentrums-devise: „Für Recht, Wahrheit und Freiheit!“ — ge-wesen, wenn nunmehr das Zentrum gegen die ursprüng-liche Regierungsvorlage, also gegen die Verlängerung des Gesetzes überhaupt gestimmt hätte.

Aber das gehörte nicht zur Komödie; zu der Komödie, welche Registrator Windthorst den Mitgliedern des Theaters so genau eingeübt hatte.

Deshalb trat auch mit würdevoller Miene Freiherr von Hertling hervor, nahm zunächst von Windthorst das Schurzfell und dann die Maurerkelle, mit welcher die kleine „Kraßbürste“ an dem Volkwerk der Reaktion herumgekratzt hatte, und fing an, gravitativ wie immer, dieses Volkwerk wieder aufzuputzen, so daß dasselbe ganz nach Wunsch der Regierung und der Konservativen ausah.

Für das so wieder hergestellte Gesetz fand sich nun auch eine Majorität, bestehend aus den Konservativen, den Nationalliberalen und so vielen wohlgezählten Streikern „für Recht, Wahrheit und Freiheit“, daß das Volkwerk der Reaktion wieder hergestellt wurde, so „reinlich und zweifelsohne“, wie es bisher war.

Aber nur auf zwei Jahre! Nach zwei Jahren, das schwört das Zentrum beim Hertling, wird dasselbe — wieder verlängert werden.

Doch genug der Komödie! Das Zentrum will seinen Wählern und besonders den katholischen Arbeitern Sand in die Augen streuen. Dasselbe will zeigen, daß es ein so freiheitsfeindliches und dem gemeinen Recht widersprechendes Gesetz nicht ohne weiteres annehmen könne. Deshalb das Experimentiren und die hohlen Phrasen von Arbeiter-freundlichkeit.

Aber im entscheidenden Augenblicke, da zeigt sich die „schwarze Schaar“ in ihrer wirklichen Gestalt, als die Vorläuferin der Volksverdummung und der rothesten Reaktion.

Politische Uebersicht.

Die entscheidende Abstimmung über das Sozialisten-gesetz ist schon in der zweiten Lesung erfolgt; die Abstim-mung in der dritten Lesung ist bedeutungslos, da sie ledig-lich das Resultat der zweiten bestätigen wird. Alles, was wir

den Eitelkeit, seinem Eigenwillen nicht enisfernt in den Sinn. Galt er nicht in S... für eben so wohl erzogen wie ge-fittet, für eben so geistreich wie liebenswürdig?

Die Anforderung Mathildens, ihr zu Liebe in das enge Joch sogenannten spießbürgerlichen Philisteriums zu kriechen, die Hartnäckigkeit, mit welcher sie, allerdings von der Mutter wie Beaten bestärkt, jedem ferneren Austausch, jedem Vergleich auswich, erzürnten Edmund aufs Heftigste. Er warf ihr Eigensinn, Unbildung und Mangel an jedem höheren Streben vor, und bestärkte sich um so mehr in seiner Starrheit, als er dieselbe für männliche Kraft und Charakterfestigkeit hielt. Wohl haite er beim Wiedersehen Mathildens die alte Jugendliebe neu aufwallen gefühlt, hatte ihn doch die schlichte Lieblichkeit und Naivetät seiner Spielpeln mit dem alten Hauche süßer Stunden umweht! Als er indeß nach S... zurückkam, in diese glänzenden Gesellschaften neu eintrat, machte er wider Willen die Be-merkung, daß Mathilde doch mit diesen pikanten Schönen, am allerwenigsten mit der strahlenden Astarte einen Ver-gleich aushalten konnte, ja es ganz unmöglich sei, daß er mit ihr in der Ehe, bei so verschiedenen Lebenswünschen und Begriffen, glücklich werden könnte.

Diese Entdeckung machte er, als er eben von seiner ersten Visite bei der Baronin Wollenstein zurückgekommen war und mit der bezaubernden Astarte längere Unterhaltungen gepflogen, welche ihn herauscht und mit neuen Seelensäden an diese verführerische Schöne gefesselt hatte. — Er entsetzte sich vor dieser Entdeckung! Alle Geister der Leidenschaft, der Selbstqual und Selbstläge wurden in ihm wach!

Dut und Handschuhe von sich werfend, ging er mit großen Schritten im Zimmer auf und ab. Der Kopf brannte ihm und er empfand ein Herzklopfen, als ginge er eben an eine schimpfliche That, an ein nie gut zu machendes Vergehen!

„O du wirre Hirn, das mich sonst nie im Stiche ließ, schaffe mir Rath! Entwirre diese Räthsel meiner Seele und gib mir Licht über mich selber! Ich liebe Mathilden noch mit derselben Innigkeit, wie als Knabe!

an dieser Stelle vorher gesagt haben, ist eingetroffen. — Bei der Beratung des Gesetzes wurden vom Bundesrathliche Neuerungen laut, die darauf schließen lassen, daß das Gesetz fortan mit größerer Schärfe noch angewandt werden wird. Die Arbeiter aber dürfen nicht verzagen. Hat doch unter der Herrschaft dieses Gesetzes die Arbeiterpartei große Fortschritte gemacht; ist sie doch mächtiger geworden in der Vertretung der Nation; hat sie sich doch gefestigt nach innen, ist sie doch gewachsen nach außen! Deshalb muß sie auch in aller Ruhe, aber auch mit aller Kraft, wenn auch gehemmt durch ein Aus-nahmegesetz, weiter kämpfen, um ihr Ziel: Das Wohl und die Freiheit des Volkes, das gleiche Recht für Alle, endgiltig zu erreichen. Schwer ist ein solcher Kampf, aber nicht aus-sichtslos — die Einigkeit des arbeitenden Volkes führt zum Siege.

Die Angst der bestehenden Klassen vor Erweiterung des Wahlrechtes der großen Masse trat in der Mittwoch-sitzung des preussischen Landtags wieder einmal schlagend zu Tage. Zur Beratung stand ein Antrag des ultramontanen Abgeordneten Bachem, den Zensus bei den Wahlen in gewissen Gemeinden herabzusetzen. Es giebt bekanntlich heute noch Ge-meinden in Preußen, in welchen das Bürgerrecht, bez. das Stimm- und Wahlrecht in Kommunalangelegenheiten an die Bedingung eines jährlichen Klassensteuerbeitrages von 3 oder 4 Thalern geknüpft ist, in diesen Gemeinden besteht also nicht nur Dreiklassenwahl, das elendeste aller Wahlsysteme, sondern Dreiklassenwahl und dazu noch ein ziemlich hoher Zensus! Aber auch nur diesen Zensus zu beseitigen oder herabzusetzen, dazu war die Majorität des Reichstages nicht zu haben. Der Abg. Freytag vom Zentrum betonte ganz richtig, durch die be-stehende Gesetzgebung würden viele kleine Leute von dem Ein-fluß auf die Gemeindeverwaltung ganz ausgeschlossen. Der Freikonservative v. Derges meinte aber, „es sei keineswegs nöthig, der arbeitenden Bevölkerung eine Mitwirkung bei den Kommunalwahlen einzuräumen, ja das würde sogar unter Um-ständen gefährlich sein!“ Der Nationalliberale Seydardt hielt es für „bedenklich“, gegenwärtig einen Schritt zur Erweiterung des Wahlrechtes zu thun. Bravo Volk! Ihr Vertreter!

Die Kommission des Herrenhauses für die Kirchen-vorlage hat nunmehr die bekannten Abänderungsanträge des Bischofs Kopp mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt, da sich die bisherigen Mittheilungen über die Stellung der Kurie zur Angelegenheit als ungenügend erwiesen. Die Beratung der Vorlage im Plenum wird an einem der nächsten Tage stattfinden. Der Papst soll nur die Erfüllung der Anzeigepflicht in Bezug auf die zur Zeit vakanten Pfarrstellen zuge-sagt haben, derat, daß für die Besetzung von Stellen, welche fernerhin noch vakant werden, die Anzeige eben so wenig wie früher gemacht werden würde. Diese Haltung soll für die Ab-kehrung der Kopp'schen Anträge seitens der Herrenhauskom-mission entscheidend gewesen sein. Der „Westf. Mer.“ sagt die Gegensätze zwischen Regierung und Kurie knapp und scharf

Wenn ihr Bild mir vor die Seele tritt, empfind' ich eine tiefe, heilige Rührung, ein süßes, traumseltsames Behagen, wie in jenen alten Stunden, da uns die Welt nur ein Wundergarten voll Märchen und ein jeder Tag ein neues buntes Leben war! So zutraulich frei werd' ich mit keinem Weibe mehr reden, so alle meine inneren Regungen rückhaltlos keinem lebenden Wesen mehr preisgeben! Ich liebe sie, und doch — zu meinem Weibe nehmen — nun, da ich Astarte wiedergesehen? — Unmöglich! — Wir stehen uns zu nahe, kennen uns zu sehr, um uns wie Liebende, wie Gatten zu umfassen! Es ist fast, als sollte ich die eigene Schwester freien! Und dann hat sie wieder von all' den Bedingungen meines Daseins, von meinen Wünschen, meinem Ehrgeiz, meinen Gefühlen und Meinungen keinen Begriff! Jeder Tag scheint diese unsere Gegensätze zu ver-mehren! Was ist denn Ehe, wenn sie nicht die vollendete Harmonie des Lebens, Strebens, Fühlens und Denkens, der Bildung und Gewohnheit ist! O, es giebt nur ein Weib für solch holdes Doppelleben! Astarte! — Wir ver- stehen uns, ohne zu reden, unsere Gedanken begegnen sich in einem Blick, unsere Empfindungen sind so gleich, so ergänzend, daß nichts Liebe genannt zu werden verdient, ist es nicht das! So habe ich nie — nie bei Mathilden empfunden! Ich bin glücklich gewesen wie ein Kind, aber ward nie in Begeisterung zu Mannesthaten beflügelt, wie durch Astarte!! — O Hohn! Und Weide lieb' ich! Bin verflucht, Beide zu lieben, Keine zu lassen, und darum Keine zu besitzen! Unmöglich, Edmund! Entwirre das Räthsel, werde Dir klar!“ — Er preßte seine erhitzte Stirn an die Scheiben des Fensters. Ratter Schweiß stand ihm auf der Stirn, sein Herz wand sich in krampfhaften Zuckungen. „Ja, es ist so — ist so! — Mutterlos, wie ich bin, fast kann ich sagen auch väterlos — hat der sich doch jetzt erst um mich gekümmert — wuchs ich mit Mathilden auf, wie Bruder und Schwester! Heilige, süße Geschwisterliebe band uns zusammen, und als wir aufwuchsen, diese Rei-gung für etwas Anderes nahmen, uns bei Astartens Grabe in kindlicher Uebereiferkeit verlobten, betrogen wir uns! — Sei mir, süße Gefährtin der Jugend, Mathilde, sei mir

zusammen: „Rom will für die Ropy'schen Amendements nur die einmalige Anzeige zugestehen; die Regierung dagegen fordert die dauernde; Rom sieht in der Anzeige nur das Mittel einer Verständigung zwischen Bischof und Staat, bei welcher im Konfliktfall dem Papste das letzte Wort zusteht; die Regierung sagt dagegen die Anzeige als ein souveränes höchstinstanzliches Einspruchs- resp. Ausschlußrecht des Staates bei Befragung von Pfarrämtern auf. Das sind, wie auf der Hand liegt, noch ganz gewaltige Differenzen!“

Neue Polenvorlagen. Der dem Abgeordnetenhaus demnächst zugehende Nachtragsetat fordert im Extraordinarium 2 Millionen Mark für den Bau von Elementarschulgebäuden, im Ordinarium 900 000 M., davon 400 000 M. für Lehrerzulagen, 200 000 M. für Verhärtung der Schulwände, 100 000 M. für Errichtung höherer Mädchenschulen, 100 000 M. für Universitätsstipendien, 50 000 M. für Schulstipendien und 50 000 M. für den Dispositionsfonds. Der Nachtragsetat bezieht sich lediglich auf polnische Gebiete. Ansehend besteht die Absicht, in diesen besondere Schulen für die deutsche Bevölkerung zu errichten.

Von einem nicht sozialistischen deutschen Reichstagsabgeordneten, der eben aus Belgien zurückgekehrt ist, erfahren wir, daß in Belgien selbst kein Mensch daran denkt, dem Aufstand eine politische Bedeutung beizulegen. Auch die Regierung weiß, daß die paar Anarchisten, den Aufstand weder vorbereitet noch in Szene gesetzt haben, sondern daß dieselben erst auf dem Schauplatz erschienen sind, als derselbe schon mit Elementargebälde ausgebrochen war. Ferner erzählt der betreffende Abgeordnete, daß in der deutschen Presse die größten Uebertreibungen stattgehabt hätten. Die Ursache des Aufstandes aber sei lediglich der große geistige und materielle Druck, unter dem die arbeitenden Klassen in Belgien schwächeten. Der Hunger habe das Volk zur Revolte getrieben. — Daß solche Zustände einen guten Boden für den Anarchismus schaffen, ist selbstverständlich, aber äußerst beklagenswert. — Ein konservatives Blatt, die „Dresdener Nachrichten“, äußert sich über die Zustände in Belgien und über die eigentlichen Ursachen des Aufstandes recht trefflich. Hören wir: „Belgien hat in der That viele Vorbedingungen zur Wohlthat und zum Bürgerglück. Es besitzt unerschöpfliche Mineralquellen und Kohlengruben, große Fruchtbarkeit des Bodens, eine uralte Kultur, hochentwickelte Industrie und intensivierte Landwirtschaft, die die erste Bevölkerung und das dichteste Eisenbahnen-Netz Europas, Kunststraßen und Kanäle im Ueberflusse, einen blühenden Handel und fein ausgebildete Künste, einen Seeboten ersten Ranges, enorme Reichthümer. Eingeschoben durch seine günstige geographische Lage zwischen die reichsten Kulturgebiete Europas, erzeugt Belgien mit seinem riesigen Verkehr ein außerordentlich neue Reichthümer. Aber nirgend kommen diese so massenhaft vermehrenden Güter einem so kleinen Bruchtheile der Bevölkerung zu Gute. Ueber die Hälfte der letzteren ist in Belgien, dem klassischen Lande des raffinsten Wohlstandes, ins Proletariat hinabgedrängt, dessen Daseinsbedingung von den Schwankungen des Weltmarktes abhängt und deshalb dem zeitweiligen Elend und der Ungewissheit des kommenden Tages preisgegeben, nicht minder aber auch völlig schutzlos der Ausbeutung des unheimlichen Kapitalismus ausgesetzt ist. Aus Belgien hat man eines der lehrreichsten Beispiele, wozu ein Staat kommt, dem die finanzielle Blumenschere das oberste Geseß ist, der keine Interessen als die des Kapitalismus kennt, der sich zum Diener des Finanzkapitals bergibt und den Grundsätzen des Gehens- und Laufens folgend, sich ebenso wenig um das sittliche und geistige, wie um das körperliche Wohl der arbeitenden Klassen kümmert. In Belgien hat man keine Ahnung von der Arbeitsehre, Einschränkung der Frauen-, Verbot der Kinderarbeit und anderen sozialen Reformen ist dort bisher schlechterdings nicht die Rede. Hierzu tritt als erschwerender Umstand der niedere Stand der Volksbildung. Belgien hat noch nicht einmal den obligatorischen Volksschulunterricht. In die materielle Ausbeutung der Arbeiter wesentlich das Werk der Liberalen, so ist die tiefe Volksunwissenheit hauptsächlich die Schuld der Merkanten. Sind sie am Ruder, wie jetzt, so geben sie zunächst darauf aus, das Schulwesen zu verkleinern und den weltlichen Unterricht zu verfrachten. Das belgische Volk, besonders der wallonische Theil, liegt in den Händen des raffinsten Aberglaubens, es ist roh und verstockt, die Erziehung ist überall stark vernachlässigt, und somit ist das Erkenntnißvermögen der Volksmassen schwächer als anderswo. Sie vermögen zwischen Recht und Unrecht weniger zu unterscheiden, als andere unterrichtete. Endlich beherrschen breite Volkschichten desjenigen politischen Rechts, das am meisten geeignet ist, Verbesserungen der allgemeinen Lebenslage herbeizuführen, das Stimmrecht. Wohl besitzt Belgien einige Freiheiten in viel größerem Maße als die meisten anderen Staaten. Press- und Versammlungsfreiheit sind fast uneingeschränkt.“ — So das konservative Blatt,

welches mit richtigem Verstand die Ursachen des Aufstandes in Belgien bezeichnet, während die Bestimmungsgenossen desselben im Deutschen Reichstage in heuchlerischer Weise den Aufstand auf sozialistische Exzesse zurückzuführen versuchen. Natürlich hielten sie dabei nach dem alten Jesuitenrundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel!“ — Das nationalliberale „Völkischer Tagblatt“ erklärt im Ganzen ja den Konserativen „Dresd. Nach.“ das allgemeine Stimmrecht für eine Handhabe zum Aufstand und hegt dabei gegen die Sozialdemokraten in Deutschland. Man sieht, daß die nationalliberalen Blätter vielfach noch reaktionärer sind, als die Konserativen.

Ein nationalliberales Urtheil über die Merkanten und Deutschfreisinnigen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: „Ein bei der Erörterung der Sozialistenfrage außerordentlich beliebtes und oft angerundetes Argument der Merkanten Partei wird durch die Vorgänge in Belgien vollständig ad absurdum geführt, die Behauptung nämlich, daß der Sozialismus in der katholischen Kirche ein unüberwindliches Bollwerk finde, in Ländern, wo diese frei ihres Amtes walten könne, gar nicht aufzukommen vermöge. Die Behauptung stützt sich vornehmlich darauf, daß in rheiischen und ober-schlesischen Wahlkreisen mit starker Arbeiterbevölkerung Merkant und nicht, wie man vielleicht erwarten könnte, sozialdemokratisch gewählt zu werden pflegt. Das trifft aber keineswegs überall zu, und wo es zutrifft, kommt es einfach daher, daß die ultramontane Agitation das Aufheben der Wahlen selbst so gründlich besorgt und in so demagogischer und radikaler Weise auftritt, daß sie von der Sozialdemokratie nicht mehr übertrumpft werden kann. Angesichts der Zustände in allen romanischen Ländern und der neuesten entscheidenden Vorgänge in Belgien ist die Behauptung, daß der Sozialismus verschwinde, wo die katholische Kirche frei walte, einfach lächerlich. Belgien ist das sozialistischste Land in ganz Europa, es hat überdies zur Zeit eine vollkommen ultramontane Regierung, und doch toben hier Aufstände und Anarchie in einer Weise, wie es seit Jahrzehnten sonst nirgends vorgekommen ist. Nicht nur in Fabriken, sondern mit ganz besonderer Vorliebe auch in Klöstern wird die Brandfackel gemossen. Das wird aber Herrn Windthorst und die „Germania“ schwerlich abhalten, immer wieder zu behaupten, die Bewahrung der vollsten Freiheit an die katholische Kirche sei das einzige Mittel, der Anarchie und Revolution vorzubeugen. Ueberaus abgeschmackt nehmen sie auch die fortschrittlichen Blätter im gegenwärtigen Augenblick aus; erst ein Verurtheil gegen das Sozialistengesetz und unmittelbar hinterher schreckenerregende Berichte über den belgischen Aufstand. Es ist nur gut, daß die „reaktionären Parteien“ für die Ordnung und Sicherheit sorgen und im Vertrauen darauf der fortschrittliche Bürger sich den Luxus der Freisinnigkeit gestatten kann. Es ist gar zu schön, gegen die Polizei zu eifern, wenn man doch weiß, daß sie zur Hand ist, sobald es an den Kraken geht.“

Hausfuchung. Dienstag Abend fand bei mehreren Sozialdemokraten in Mainz politische Hausfuchung statt. Anlaß dazu gab, wie wir hören, eine Denunziation, dahingehend, daß dieselben einer geheimen Verbindung angehörten.

In amerikanischen Zeitungen liest man, daß Debel und Liebmann im nächsten September eine Agitations- und Vortragsreise nach Nordamerika antreten werden.

Reichstagswahl in Flensburg. Am 29. v. M. haben erhalten Gottburgien (nationalliberal) 7320, Johannsen (Däne) 4145, Heintel (Soz.) 2256 Stimmen. Ersterer ist demnach gewählt.

Belgien.

Nur in der Gegend von Lournal ist die Erregung noch bedenklich, sonst ist der Strohfeuerummut, den man so künstlich aufgebaut hat, bereits überall erloschen. Die radikale „Reform“ erwähnt nunmehr die Regierung eindringlich zu sozialen Reformen. Er wäre — schreibt das belgische Blatt — mit ein wenig Vorsicht möglich gewesen, die Reime des Klassenhasses aus unserem industriellen Organismus zu entfernen; wenn die Regierung die Bildung von Arbeiterkammern begünstigt und deren legale Existenz anerkannt hätte; wenn die Bedingungen von Lohn und Arbeit friedlich vor den Syndikaten und deren Delegierten besprochen und festgesetzt werden könnten; wenn die Gesetzgebung für einen menschlichen und billigen Maximal-Arbeitslag, ein Lohnminimum und eine Altersgrenze, unterhalb deren das Absteigen in die Gruben gestattet ist, gesorgt hätte, wenn der Arbeiter gegen Unfälle, Krankheit, Tod, Arbeitsmangel und Alter durch Renten gesichert wäre, deren Föhrung und Ueberwachung theilweise in seiner Hand läge; wenn die Arbeiterinstitute an der Ueberwachung der Minen Theil hätten; wenn die Gruben, deren Aktien heute noch den dreifachen Kurs ihres Emissionspreises haben, einen Reserve- und Vorschussfonds für die Aufrichterhaltung der Löhne geschaffen hätten; wenn unsere Staatsmänner in diesen dunklen Regionen etwas mehr Wissen verbreitet und die politischen Rechte ausgedehnt hätten!“

Dänemark.

Auch Dänemark hat seinen landwirthschaftlichen Rothstand, zu dessen Untersuchung jetzt eine Kommission

Mannigfaltigkeit und stets neuen Reizen zu variiren, so wie ein geschickter Komponist ein ganz schlichtes Thema erst durch die vielfachen Biegungen in Dur und Moll, durch Kreuze und Be's, mittelst Quinten, Sexten und dergleichen zu etwas Außerordentlichem macht. Baronesse Astarte namentlich wußte diese „Stunde der schwarzen Farbe“ so überraschend schön vor dem Publikum zu konzertiren, daß sie die Herzen aller Offiziere der Garnison, aller Referendarien und Assessoren des Oberlandesgerichts, wie verschiedener Kaufmannsöhne in Brand streifte und dadurch von allen Müttern, heirathsfähigen Töchtern und jenen Wittwen aufs Beste gehaßt wurde, welche eben auch noch was „von Lieb' in sich verspürten“.

Die Schöne wußte die Angelhaken ihrer Augen, den Köder ihrer vielen Reize und Talente auch bei Edmund so ausgefacht sein anzuwenden, daß dieser Weibling natürlich gleichfalls nichts Eigeres zu thun hatte, als anzubeißen. Dies that er nun, als er seiner Ueberzeugung nach mit der Sonderung seiner zarten Gefühle auf Reine gekommen war, auch gründlich, um sich baldmöglichst eines Glückes zu versichern, welches ihm als Krone und Zweck seines ganzen Lebens vorschwebte, Nacht und Tag beunruhigte, und um dessen Erlangung er jedes Opfers, jeder Anstrengung fähig war.

Diese Anstrengung wurde auch bald genug höchst wohlgefällig bemerkt, ihr aber solche Hindernisse entgegengesetzt, wie sie eine Dame von Stande und eine diplomatische Mutter zu bereiten versteht, die sich wohl bewußt ist, in ihrer stahlernen Tochter ein Juwel zu besitzen, das sie eben nur einmal, und deshalb um so höher zu verwerthen hat.

Die alte Baronin wußte bei der Konservation höchst angemessen alle jene Bedingungen zu erwähnen, welche sie für das eheliche Glück ihres geliebten Kindes fordern zu müssen glaubte. Ihr Schwiegersohn mußte demnach ein Mann von großem Vermögen, von Stellung im Staate sein und den Anforderungen genügen, welche zum Eintritt in aristokratische Kreise unerlässlich sind. Vor Allem mußte er von so hingebender Liebe für Astarte erfüllt sein, daß

eingesetzt ist. Bei den Domänenpächtern wird der Rückgang des landwirthschaftlichen Ertrages auch den Staatsfinanzen bereits fühlbar. Eine große Anzahl Domänenpächter hat bei der Regierung eine Herabsetzung des Pachtzinses für das letzte Jahr um 25 pCt. petitionirt, welches Verlangen prinzipiell abgelehnt wurde. Dagegen hat die Regierung die Landesverwaltungen ermächtigt, den Domänenpächtern die Hälfte der Pacht bis zum 1. Oktober zu stunden.

Rußland.

Die Deutschenhege wird ungehindert fortgesetzt. So erklärt jetzt Kadow in seinem Organ an der Hand einer Korrespondenz aus Petrow (im Gouvernement Winsk), woselbst in deutschen Fabriken 13 000 deutsche Arbeiter beschäftigt sind, daß die russische Regierung die Verpflichtung habe, besondere Maßregeln zur Eindämmung einer derartigen Ueberstreuung der Grenzdistrikte mit Fremden zu ergreifen. Diejenigen deutschen Arbeiter, welche bereits russische Unterthanen geworden, seien doch nur Pseudorussen. Kadow erklärt ausdrücklich, es solle sich hier nicht um Wiederergeltungsmäßigkeiten handeln, wie solche die russische Presse verlange, hier liege vielmehr eine zwingende Nothwendigkeit vor. Wie sich Preußen bei der Säuberung seiner Grenzgebiete in vollem Rechte befinde, so sei es auch Rußland, welches überdies milder aufzutreten vermöge. Es sei nicht nöthig, die Fremden, welche in den Grenzdistrikten angelockt seien, über die Grenze zurückzuschicken; es sei vielmehr die Anstiedelung derselben in den inneren Gouvernements in ernste Erwägung zu ziehen.

Der „Neuen Zeit“ zufolge wird mit der Umnachung deutscher Kriegsschulen in den baltischen Provinzen in Stadtschulen mit russischer Unterrichtssprache fortgeföhrt.

Das „Journal de St. Petersburg“ vernimmt, die Gerüchte über die Nichtzulassung von Fremden israelitischer Religion in Rußland seien übertrieben; es handele sich hierbei wahrscheinlich nur um die Zurückweisung von Personen, die von allen Mitteln entblößt seien.

Frankreich.

Die Beziehungen zu China scheinen trotz der Wiederaufnahme der offiziellen Verbindungen durchaus keine freundlichen zu sein. Bestimmung hat es besonders erregt, daß keine der großen chinesischen Bestellungen Frankreich zu gewiesen wurde, sondern lediglich England, Deutschland, Oesterreich und Amerika. Ueberwiegend laut die Gesellschaft „Balkan“ in Stettin vier Panzer-Korvetten; die Waffenfabriken Werndt zu Steyer in Oesterreich, Hauser in Württemberg, Krupp in Essen und das amerikanische Haus Hotchkiss haben beträchtliche Bestellungen erhalten. England hat schon verschiedene Lieferungen Armstrong-Kanonen befohlen. Alle diese Bestellungen sind in Paris durch die Vermittlung von Wiener und Berliner Finanzern unterhandelt worden. Die Unterhandlungen werden geheim gehalten und finden nicht auf der chinesischen Gesandtschaft statt. Die französische Sektion der Agentur Roussel u. Co., von der anfangs die Rede war, existirt also nur in der Einbildungskraft der chinesischen Diplomaten. Zu diesen unangenehmen Nachrichten kommen nun noch die Befürchtungen, daß China rüste und zwar hauptsächlich gegen Frankreich rüste. Dem chinesischen Gesandten soll zwar die Befugung erteilt worden sein, in Frankreich zu erklären, China beschäftige sich einzig und allein mit Eisenbahnen und gebe alle Rüstungspläne auf. Diese Behauptung, erklärt das „Joorn. des deb.“, ist falsch; China betreibt seine Ausrüstung und seine Diplomaten sind bemüht, dies in Frankreich zu verheimlichen.

Am Dienstag beriet die französische Deputirtenkammer das Geseß über die Zeremonien bei Reichendegännissen und nahm mit 323 gegen 180 Stimmen ein Amendement an, welches die Leichenverbrennung gestattet.

Großbritannien.

Die Kabinetkrisis hält die politischen Kreise noch immer in Spannung. Wie die „Morning Post“ erzählt, empfangen Chamberlain und Trevelyan vor dem Kabinetstrahle am letzten Freitag von über 50 Mitglidern der liberalen Partei die förmliche Versicherung, daß sie gegen Gladstone's irische Reformpläne stimmen würden, wenn die zwei Minister sich entschließen, sofort ihre Posten niederzulegen. In zwei fast gleichlautenden Briefen sollen Chamberlain und Trevelyan genau die Gründe auseinandergesetzt haben, wegen welcher sie ihre Ministerposten niedergelegt haben. Ihre Erklärung soll dahin gegangen sein, daß sie 1) einer Maßregel für den Ankauf von irischem Lande um einen Preis von 120 000 000 Pfd. Sterl., und 2) einem Plane, der Irland ein Sonderparlament gewährt mit der Nachvollkommenheit, Jölle, Misse und andere Steuern zu erheben, ihre Unterthänigkeit nicht angeben lassen könnten. Es heißt, Gladstone sei, nachdem er seinen Homerplan modifizirt, um den Einwänden Chamberlains und Trevelyan zu begegnen, zu seinen ursprünglichen Plänen zurückgekehrt. Seine Vorschläge werden als höchst durchgreifend bezeichnet.

Das Unterhaus nahm nach kurzer Debatte in zweiter Lesung eine von der Regierung unterstützte Bill an, wodurch den Polakken das Wahlrecht wird.

Die Diätenlosigkeit der englischen Parlamentsabgeordneten ist häufig als integrierender Be-

er alle ihr Lieblingswünsche und Gewohnheiten als Bedingungen seines eigenen Glückes ansähe.

Diese Andeutungen, allgemein und nur hin und wieder gegeben, genügten Edmund, ihn erlens zu außergewöhnlichen Bemühungen in seiner Karriere zu veranlassen, ferner in zarten Geschenken, in luxuriöser Repräsentation alle seine Nebenbuhler zu überbieten.

Von ihnen Allen war Reiner liebenswürdig, reich und hervorragend genug, um ihm Beförderung einzuföhren, es müßte denn Graf Lanfred von Gildern gewesen sein, ein junger Offizier bei den Kürassieren, schön und liebenswürdig und von hohen Verbindungen. Astarte schien ihn am meisten neben Edmund auszuzeichnen, doch da er blutarm war und seine Aussichten trotz des gräflichen Wappens eben nicht besser zu sein schienen, als die der meisten Offiziere der Armee, welche im Dienste grau werden, erstreute er sich des Beifalls der alten Baronin gerade nicht.

Edmunds rostoffem Streben gelang es, sich zu einem sehr geachteten Juristen zu machen und das Referendariats-examen zu übersteigen, um nun mit vollen Segeln auf den Affessor loszugehen. Stein Eifer, zu glängen und jeder Ahnung eines Wunsches seiner Schönen zuvor zu kommen, veranlaßte ihn aber auch, eine so bedeutende Schuldenmasse auf sein Haupt zu laden, daß schon diejenige Pölfte, welche endlich zur Kenntniß des Papa Hennings gelangte, denselben in eben so große Enttäuschung wie Furcht versetzte. Bier-tausend Thaler binnen zwei Jahren geht doch über allen Spaß!

Das, und so mancher andere Umstand, namentlich weil ihm der Besuch des „kalten Steins“ jetzt nur Verlegenheiten in Aussicht stellte, war die Veranlassung, weshalb Edmund für die zweiten Gerichtstagen dringende Amtesgeschäfte vorschlug, um nicht nach W. zu kommen, es war voraus-zusehen, daß auch in den dritten Ferien sehr gelegene Hindernisse es Edmund unmöglich machen würden, das Vaterhaus wiederzusehen.

Die Recherchen, welche Herr Josua Hennings genöthigt war, wegen der Extravaganzen seines Sohnes in S. . . . durch Soldat und andere Freunde anstellen zu lassen, brachten

Handreich des englischen Verfassungslebens angesehen worden. Abgesehen davon, daß sich geschichtlich nachweisen läßt, daß die Befolgung der „zwei Ritter der Grafschaft“ oder der „zwei Bürger der Städte“, welche von jeder Körperschaft nach London entandt wurden, anfangs üblich war, und daß erst viel später im Interesse der Aristokratie die Diktatorhaftigkeit eingeführt wurde, ist neuerdings das Prinzip durchbrochen worden durch die Zahlung freiwillig zusammengebrachter Diäten an die aus Arbeitkreisen hervorgegangenen Abgeordneten, ohne daß irgend Jemand darin eine „Verletzung der Ehrbarkeit“ erblickt hätte. Auf radikaler Seite ist wiederholt die Zahlung von Diäten aus Staatsmitteln in Anregung gebracht worden. Jetzt ist ein unmittelbarer Versuch zur gesetzlichen Regelung der Frage durch den Abgeordneten Spensley gemacht. Er hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der folgende charakteristische Einleitung enthält: „Gemäß dem alten Brauch und der Verfassung unseres Staates waren die Mitglieder des Unterhauses zum Empfang einer angemessenen Befoldung für ihre Teilnahme an den Sitzungen des Hauses und zu einer Entschädigung für ihre Ausgaben während dieser Teilnahme berechtigt.“ Diesen „alten konstitutionellen Brauch“ will deshalb das Gesetz erneuern. Die Befoldung eines jeden Mitgliedes soll jährlich 300 Pfd. Sterling (6000 Mark) betragen; das würde, sechsmonatliche Sessionen als Regel angenommen, Tagesdiäten von 40 Mark entsprechen. Die Befoldung (salary) soll durch die Grafschaften, beziehungsweise durch die Städte selbst, also nicht aus der Staatskasse, gezahlt werden. Wenn das Gesetz auch jetzt noch wenig Aussicht hat, die Zustimmung aller Faktoren der Gesetzgebung zu erlangen, so verbürgt doch die wachsende Demokratisierung des englischen Staatswesens seine Verwirklichung in absehbarer Zeit.

Die Nachrichten der „Times“ bezüglich des Stodes der Arbeiten der afghanischen Grenz-Kommission werden für unbedeutend erklärt. Den „Daily News“ geht aus bester Quelle die Meldung zu, daß die Nachrichten über Berührungen zwischen den englischen und russischen Kommissaren an der afghanischen Grenze völlig unrichtig seien und daß die Arbeiten der Kommission einen erfolgreichen Fortgang nehmen. Es sei keinerlei Ursache für irgendwelche Unzufriedenheit vorhanden.

Balkanländer.

Aus Athen wird gemeldet: Aus Kleinasien treffen zahlreiche Freiwillige für die griechische Armee ein. Der russische Admiral trifft heute hier ein. Die russische Flotte ist definitiv von dem kombinierten Geschwader der europäischen Mächte losgelöst. Die Türken haben in Thessalien 76 000, in Epirus 18 000 Mann.

Amerika.

Gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten erheben sich von allen Seiten Angriffe, weil er die Aemter seiner politischen Parteigänger etwas im Zaume hält. Cleveland wollte ehrenhafte, fähige Männer zu Bundesbeamten machen und nicht einzig und allein Parteifreunde; auch sind die Männer, die Cleveland in sein Ministerium berief, nicht gerade bekannt oder berüchtigt wegen ihrer Aemter; aber aus diesem Grunde gefällt die Zusammensetzung des Kabinetts vielen nicht. Diese sind unzufrieden mit Cleveland, weil sie von ihm nichts gewinnen können, sie vermiffen die „Patronageverteilung.“ Aber gerade alles, was diesem Blatte und den korrupten Demokraten an Cleveland mißfällt, das gefällt den ehrenhaften Demokraten und Republikanern. Der jetzige Präsident hat ohne alle Widerrede einen sehr schweren Stand und wird alle seine Umsicht, Klugheit und Charakterstärke nötig haben, um den Augiasstall im öffentlichen Aemterwesen zu reinigen. Hoffentlich werden ihn weder demokratische, noch republikanische Angriffe von dem rechten Wege abbringen. Auf seiner Seite stehen bis jetzt unwandelbar die besseren Elemente der Demokratie und die nicht geringe Anzahl der „unabhängigen“ Republikaner, zu deren Führern auch Karl Schurz zählt.

Parlamentarisches.

Von den Deutschfreisinnigen hat Niemand bei der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes für dasselbe gestimmt. „Man sah nur einige, die nicht da waren.“ So war von dem Herrn Abg. v. Forckenbeck im Reichstags die Nachricht verbreitet, daß derselbe auch mit einem entschiedenen Nein gestimmt haben würde, wenn er nicht durch Verjämmerung des Herdebahnanschlusses von der Abstimmung abgehalten worden wäre.

Die Militärpensionskommission des Reichstags beriet am Mittwoch über die Anträge des Abg. von Bollmar, betreffend die Erhöhung der Pensionen der Kriegsinvaliden aus den Unterlassen. Der Kriegsminister stellte in der behaupteten Allgemeinheit und für den heutigen Stand der Verhältnisse das Vorhandensein eines Bedürfnisses der Ausbesserung der Pensionen der Unterlassen in Abrede. Abg. v. Bollmar bemerkte, daß das Gesetz für ihn unannehmbar sei, wenn die Unterlassen ausgeschlossen werden sollten. Der freisinnige Abg. Schrader wies die volle

ihn sehr bald auf die Ursache, welche Edmund zu solchen Schulden veranlaßt hatte, die Baroness. Der Alte sah leider die schlimme Voraussetzung: „Astarte v. Wolkenstein dürfte ihm die kostspieligste aller Schwiegerstöchter werden,“ schon vor der Zeit bewahrt.

Da Wulfens ein alter Freund war, in dessen Reklütät er bei ersten Fällen das beste Vertrauen setzte, so schrieb Hennings an denselben offen und rückhaltlos, theilte ihm die Schulden seines Sohnes mit und erbat sich von ihm unparteiliche Nachricht über dessen Nicht-Astarte.

Des Senators Antwort ließ nicht lange auf sich warten. — Sie war artig, doch etwas steif und gereizt, deutete verblümt an, daß die alte Baronin nicht nur kein Vermögen habe, sondern auch auf die Generosität seiner brüderlichen Zärtlichkeit angewiesen sei und, so sehr ihm das Glück seiner Nichte am Herzen liege, er doch aus Allem schließen müsse, daß der Sohn seines Freundes wohl keine Partie für Astarte sei, zu der man beiden Theilen Glück wünschen könne.

Das Schreiben ließ nicht unbedeutlich blicken, daß je länger Edmund mit Astarte umgehe, es desto unmöglicher werde, seiner Leidenschaft wie seinen Geldausgaben Schranken zu setzen.

Hennings befahl Edmund, zurückzukommen. Der Sohn antwortete, er könne sich aus der Karriere nicht reißen lassen, und zum Affessorexamen müßte er ja doch nach der Residenz B.

Das Verbot, Astarten nicht mehr aufzusuchen und ferner keine Schulden mehr zu machen, hatte nur leere Ausweichungen und Versprechungen zur Folge, ferner daß Edmund Wulfens, Kolt's und Wedel's Haus mied, wo er beobachtet wurde, und mit seinen Gläubigern ein stillschweigendes Uebereinkommen traf, ihm Kredit zu geben, bis — er sein Vermögen erbe.

Der alte Hennings sah ein, wie gering die Macht eines Vaters über den Sohn sei, der früher vernachlässigt worden war. Edmund ließ einmal von der Verbindung mit der Baroness nicht, das war bewiesen, und daß er fortan heimliche Schulden machen würde, konnte sich Josua denken.

Verantwortlichkeit für die Nichtanerkennung der Bedürfnisfrage dem Kriegsminister zu. Einer Initiative der Regierung würde von seiner Seite nach jeder Richtung entgegengekommen werden. Die Anträge auf Einsetzung einer Subkommission und der Antrag Bollmar selbst wurden abgelehnt.

Lokales.

Mit dem 1. April treten im internationalen Postverkehr diejenigen Änderungen ein, welche auf dem Vissahoner Postkongress zur Annahme gelangt sind. Diese Änderungen, über welche die kaiserlichen Postämter nähere Auskunft geben, beziehen sich auf: die Zulässigkeit der Postkarten mit Antwort, der durch die Privatindustrie hergestellten Formulare zu Postkarten; die Erleichterung der Bedingungen für Drucksachen- und Waarenproben-Sendungen; der Zulassung der Güterstellung; die Zurückforderung abgegangener Sendungen und die Abänderung der Adressen solcher Sendungen durch die Absender auf schriftlichem oder telegraphischem Wege; die Erhöhung des Reichtbetrages der Wertangabe bei Werthbriefen; die Benutzung des Abschnitts der Postanweisungen zu schriftlichen Mittheilungen, die Einführung von Auszahlungsscheinen, die telegraphische Uebermittlung von Postanweisungen; die Zulässigkeit von Rückscheinen bei Postpaketen; die Erweiterung der Gewichtsgrenze für Postpakete; die Zulässigkeit sperriger Postpakete, sowie von Postpaketen mit Wertangabe und mit Nachnahme; die Erhöhung des Reichtbetrages für sonstige Nachnahmewendungen; die Einführung besonderer Packeadressen für alle Packetsendungen nach dem Auslande und die Erweiterung des Postauftragsdienstes mit dem Auslande unter Einführung eines besonderen Postauftragsformulars für alle Postaufträge des internationalen Verkehrs.

Das Petitionsrecht der Stadtverordneten-Versammlungen. Eine sehr bedeutsame Entscheidung hat soeben das Oberverwaltungsgericht gefällt. Man erinnert sich, daß die Stadtverordneten-Versammlung zu Stettin eine Petition an den Reichstag gegen die Erhöhung der Kornzölle beschloffen hatte und daß diese Petition „wegen Unzuständigkeit der Versammlung“ durch den dortigen Magistrat beanstandet worden war. Das Oberverwaltungsgericht hat nunmehr in letzter Instanz dahin entschieden, daß unter Aufhebung der Locentcheidung die angelegene Verfassung des Magistrats außer Kraft zu setzen sei. Das der Stadtverordneten-Versammlung zugehörige Petitionsrecht ist durch diesen Beschluß des endgültig maßgebenden Gerichtshofes in erfreulicher Weise gewahrt.

Während der Ziehung steht man jetzt auf dem jenseitigen Dranienplatz eine Anzahl von Fuhrwerken stehen, welche „kleine Wädelsubren“ entgegennehmen. Die Einrichtung ist ebenso neu als praktisch.

Die Berliner Bäcker-Gesellschaft hat sich an die Bäckermeister Berlin und Umgebung mit der Bitte gewendet, sich bei Bedarf von Gesellen nicht mehr an die Kommissionäre, sondern an einen aus ihrer Mitte gewählten Gesellen zu wenden, welcher die Bedürfnisse der Meister, aber auch die Fähigkeiten der Gesellen mit und durch die Unterstützung einer eingeleiteten Kommission genau kennt, um allen Wünschen beider Theile gerecht zu werden. Es ist die Einrichtung getroffen, daß Bäckermeister bei eintretendem plötzlichen Bedarf selbst in der Nacht einen Gesellen erhalten. Bei Bestellungen bis 6 Uhr Nachmittags haben die Meister keine Gebühr zu entrichten, bei Bestellungen nach 6 Uhr 50 Pf., nach 10 Uhr Abends eine solche von 1 M.

Zu dem erfolgten Wiederbeginn des Wasserfahrens wollen wir nicht unterlassen, eindringlich vor dem unfröhlichen Schaulken auf der Fahrt zu warnen, wie das am letzten Sonntag bereits auf der Spree hinter den Jellen zur Empörung der zahlreichen Spaziergänger beobachtet werden konnte. Die zahlreichen Unglücksfälle gerade im verfloffenen Jahre sollten doch noch Jedermann in Erinnerung sein.

Die Flucht der Wittve Rietsdorf aus dem Dalldorfer Armenhause ist die letzte, die der Frau erglückt ist. Frau Rietsdorf ist nicht nur Taschendiebin, sondern betreibt auch den Ladendiebstahl. Sie ist groß und kräftig und scheut sich nicht, mehreren Männern, wenn man sie ergreifen will, Widerstand zu leisten. Als sie das letzte Mal im Jahre 1882 aus Dalldorf entsprang, wurde sie in der Nähe der Anstalt von einem Lohnfuhrwerk erwartet, welches sie bestieg, nachdem sie die Anstaltstracht hinter einem Kiefernstrauch mit modischen Kleidern verstaubt hatte. Erst mehrere Monate später wurde sie dann in Tempelhof, nachdem sie mehrere Diebstähle verübt hatte, in der Wohnung eines Schlächtergesellen verhaftet. Seitdem war es erglückt, sie in der Anstalt festzuhalten.

Ein alter Bekannter Paul Schöppe schreibt der „Post. Ztg.“ über diesen: Während des Winters 1876-77 arbeitete ich, ohne eine Ahnung davon zu haben, mit wem ich die Ehre hatte zusammen zu sein, mehrere Monate mit Paul Schöppe in der Redaktion der jetzt umgelaufenen „New-Dorcker Allg. Ztg.“. Er hatte den Namen eines alten großhiesigen Geschlechts angenommen; unter dem that er's nun einmal nicht. Den Strafen ließ er weg, verschlehte aber nicht, öfters auf diese seine republikanische

In der Verzweiflung seines Vaterherzens bereute er tief, Edmund nach S. . . . geschickt, der Simplizität des Vaterhauses entziffen zu haben. Es war ihm mehr wie gewiß, daß, wenn Edmund nicht eine solide, wahrhaft bürgerlich erzogene Lebensgefährtin erhalte, sein Ruin und der des Vermögens gewiß sei. — Josua zermarterte sein Ohr Tag und Nacht, eine Auskunft zu finden. Seine alte Ruhe und Sozialität verließ ihn, er ward beständig gereizt, eifrig und zog sich von seinen alten Bekannten zurück. Dazu wurde er im letzten Jahre auffallend kränzlich, und Alles deutete auf einen Zusammenbruch des alten Herrn. —

Der tiefe Schmerz, mit welchem Mathilde beim letzten Stellbuchein vom Freunde und Geliebten ihrer Jugend geschieden war, die Bestimmtheit, mit welcher sie jeder weiteren Erörterung von seiner Seite auswich, hatten in der Ueberzeugung ihren Grund, daß Edmund, wie er jetzt beschaffen sei, mit ihr nicht glücklich werden könne, bei seinem Benehmen weder die Zustimmung ihres Vaters noch eine Vereinigung zu verwirklichen sei, welche sie sich Beide doch einst in naiver Unbefangenheit so lieblich ausgewahrt hatten. — Das einzige Mittel, Edmund zur Erkenntnis seiner thörichten Eitelkeit zu bringen, ihn von dem Pfabe, auf welchem er seinem Mißgeschick zuweilte, abzulenken, schien ihr nur noch darin zu liegen, denselben geradezu zwischen ihrer Liebe oder seiner Art zu leben wählen zu lassen, ihm jetzt festen Charakter zu zeigen, indem er den seinen, wie sie meinte, zu verlieren im Begriff war. Da sie, ihrer Erziehung, wie ihren Ansichten vom wahren Glücke zufolge, ihn nicht auf seiner thörichten Bahn zu begleiten vermochte, war der eingeleitete Weg der beste. In ihm wurde sie auch von Mutter Christinen wie Beaten bestäkt.

Als sie nun denselben mit einer seltenen Ueberwindung beschritt, gab sie sich der Hoffnung hin, Edmund werde diesen inneren Zwiespalt nicht lange ertragen, seine alte Liebe zu ihr würde den jungen Herkules nicht lange auf dem Scheideweg halten, sondern an ihr Herz zurückkehren lassen.

Sein langes Schweigen, die unbestimmten und deshalb um so verdächtigeren Nachrichten über ihn schienen ihr das Gegentheil zu beweisen, ihr klar und rauh die Gewissheit

kanische Tugend bescheiden hinzuweisen. Seine Beschäftigung bestand darin, die Depeschen aus dem Englischen ins Deutsche zu übertragen. Er war ein hochgewachsener stattlicher Mann von einnehmendem Aeußeren, mit kräftigem blonden Schnurrbart und „Kleie“, den lahlen Kopf bedeckte eine kunstvolle Perücke. Gar zu gern trug er den tadellosen Frack aus den Wäulen und Festen der ersten deutschen Vereine New-York als Vertreter unseres Blattes, eine Liebhaberei, die ihm häufig Anlegenheiten eintrug, da er zu einem derartigen Auftreten nicht berechtigt war. Eines Abends wurde ich telegraphisch aus meiner Wohnung nach unserm Bureau berufen, um die Nacharbeit des ohne Entschuldigung ausgebliebenen Kollegen zu übernehmen. Am nächsten Abend kam er föhlich und heiter angelächelt, sein wie immer. Nach seiner Erzählung hätte er Curt von Schläger, dem deutschen Gesandten in Washington, der nach Europa reiste, Ledewohl sagen wollen, mit ihm vergnüglich einige Flaschen Sekt gezecht und, ohne es zu beabsichtigen, versäumt, rechtzeitig wieder an Land zu gehen. Er mußte wohl oder übel eine Strecke mitfahren und konnte erst mit dem Vootenboot wieder zurückkehren. Kurze Zeit darauf schrieb er an Karl Schurz, damals Minister des Innern der Vereinigten Staaten: Der politische Chefredakteur der „Allgem. Ztg.“ taue nicht, er selbst würde die Sache besser machen, und legte seine Vorschläge unserem berühmten Landsmann vor. Dieser antwortete ihm natürlich überhaupt nicht, sondern schickte das Schriftstück an die Redaktion, was die Entlassung des Verfassers zur Folge hatte. Einige Tage nachher wurde er auf der Straße durch einen alten Bekannten als der berüchtigte Paul Schöppe erkannt. Er tauchte dann irgendwo im Staate New-York plötzlich als glücklicher Verlobter einer begüterten Amerikanerin auf, selbstverständlich unter falschem Namen, ward aber wegen einer Wechselräuschung gefaßt, entlarvt, entlobt und in die Straflingslade gesteckt. Daß er der Urheber jener Telegraphenschwindelei ist, daran zweifle ich nicht im mindesten, es steht ihm ganz ähnlich und seine frühere Beschäftigung an dem New-Dorcker Blatte weist ebenfalls darauf hin.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Zur Unfallversicherung. In welcher ungenügender Weise die auf Grund des deutschen Unfallversicherungsgesetzes gebildeten Unfall-Berufsgenossenschaften an verunglückte Arbeiter Entschädigung leisten, ergibt eine der Allgemeinen Deutschen Berufsgenossenschafts- und Versicherungs-Zeitschrift entnommene statistische Notiz der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, die sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt, 10 400 Betriebe und 98 028 Arbeiter zählt. Es verunglückten vom 1. Oktober bis Ende Februar insgesammt 863 Arbeiter; — davon waren nicht entschädigungspflichtig, weil unter 13 Wochen, 734, sage mit Worten siebenhundertundvierunddreißig; entschädigungspflichtig waren 131, welchen eine einmalige Entschädigung von 584 M. 30 Pf., (größtentheils Sterbegelder) und eine Rente von 2091 M. 80 Pf. pro Jahr zufließt. Das Verhältniß wird sich im Sommer noch viel ungünstiger gestalten. Wer mit den Arbeitsverhältnissen in den Steinbrüchen bekannt ist, schreibt die „Bad. Volkszt.“ sehr richtig, — wer weiß, daß diese zum größten Theil bei kleinen Ortschaften liegen, wo der ortsübliche Tagelohn in Maximum M. 1.20 bis M. 1.50 beträgt, wird fragen, wie soll ein Arbeiter mit der Hälfte dieses ortsüblichen Tagelohns leben? Die humanen und verständigen Arbeitgeber haben deshalb auch schon lange erkannt, daß, wenn ihre Arbeiter versorgt sein sollen, eine Privatversicherung unumgänglich notwendig ist. Was soll der Arbeiter mit seiner Familie die ersten 13 Wochen mit der geringen Krankunterstützung der Orts- und Gemeinde-Kassen anfangen? Was soll ferner die hinterlassene Wittve mit täglich 40 bis 80 Pf. Rente anfangen? Was eine Familie mit 1 M. bis 1.50 M. — Hier sind 1000 bis 2000 M. Abfindungssumme eine wahre Wohlfahrt für den Verlegten und die Gemeinde, welcher sonst die Familie des Verlegten unbedingt zur Last fällt. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß derartige Abfindungssummen verschwendet werden. Solche Fälle stehen wohl vereinzelt da, im großen Ganzen trifft es aber nicht zu. — Von der bürokratischen Behandlung sowohl der Berufsgenossenschaftsmitglieder, sowie der Verlegten können übrigens heute schon Manche ein Lied singen. Der geringste Verstoß gegen die Statuten und das Gesetz wird mit den empfindlichsten Bedrasseln geahndet; — Unfälle werden in einer derartig langweiligen Weise regulirt, daß, wenn der Verlegte darauf warten müßte, es sehr traurig um ihn bestellt sein würde. Würde auf gleiche Weise irgend eine Privat-Versicherung vorzuziehen, so würde ihr böse mißspielt werden. — Ein großer Uebelstand, wohl der größte ist es, Unfälle abzulehnen, die nicht strikte im Betrieb selbst passirt sind. So lehnte allein die Sektion II der Baugewerks-Berufsgenossenschaft (Sitz in Karlsruhe) von 51 Unfällen 12 entschädigungspflichtige, darunter 4 Todesfälle ab. Abgelehnt wurden ganz d. h. weil nicht direkt im Betriebe passirt, 5 Unfälle, darunter 2 Todesfälle. Dies sagt mehr wie genug. Bei der heftig nachsichtigen Bau-

vor die Seele zu führen: Edmund habe sie vergessen, sei allen seinen Schwüren, jeglicher Erinnerung der Jugend untreu geworden.

Je mehr diese Annahme im Laufe der Zeit sich zu rechtfertigen schien, desto bestiger schraubte sich Mathildens Herz dagegen, desto emfiger bemüht war sie, Entschuldigungen und Auslegungen für Edmunds Benehmen zu errinnen. Ach, die Liebe klammert sich ja an das letzte Halmchen Hoffnung, das sich der hilflos suchenden Hand vom ungeschicklichen bietet! Daß Edmund Fehlritte begehen, des Vaters Zorn verdienen könne, gab sie zu, aber nimmermehr, daß er sie betrügen, treulos werden könne. Dieser Kampf war um so furchbarer in ihr, als sie ihn gegen Justus verheimlichte, dessen Ansicht sie einmal kannte, und der doch jetzt nur schlummer als je von dem jungen Leichtfuß denken mußte. Selbst Christinen theilte sie nicht alle ihre Schmerzen mit, denn es giebt Qualen in der jugendlichen Brust, die selbst mit einer Mutter nicht getheilt werden können.

Ein Ereigniß trat zu Anfang des dritten Jahres von Edmund's Abwesenheit ein. Der alte kränklige Papa Josua begann sich den Schöpfleins wiederum in aller Freundschaft, und zwar mehr denn jemals zu nähern. Besonders war es Mathilde, die konnte er ihrer nur habhaft werden, ihm Rede stehen mußte, und von ihm mancherlei Aufmerksamkeiten empfing, welche zu ertheilen der reiche Mann bei aller Leutseligkeit sonst sehr unter seiner Würde gehalten hatte. So sehr diese unerwartete Bevorzugung dem wunden Herzen der Trübsalstochter wohlthat, ja ihrer schwanken Hoffnung neue Nahrung gab, desto weniger machten sie seine öfters wiederholten Fragen wegen Edmund. Je klarer er sie durch leise Anspielungen merken ließ, er sei von ihrem beiderseitigen Verhältniß unterrichtet, desto mehr ward ihr auch bewußt, der Alte könne den Zwiespalt und die Entfremdung ihrer beiden Herzen nicht. Ihm dies zu entdecken, wäre eben so unklug wie ihren Gefühlen für Edmund zuwider gewesen. Auch Mutter Christine rieth ihr, sich nichts merken zu lassen, sei es doch möglich, daß sich einmal Alles zum Besten wende. (Fortsetzung folgt.)

gewerkschaften (25 983 Arbeiter) ereigneten sich 196 Unfälle, darunter 6 Todesfälle. Hieron nicht entschädigungs-pflichtig 180 Unfälle; — abgelehnt 2 Unfälle, also von 196 10 Unfälle entschädigt. Die sächsische Textil-Berufsgenossenschaft lehnte kürzlich den Todesfall eines Kutshers einer Färberei ab, welcher beim Haus-überwachen vorkam und einen tödlichen Ausgang hatte und auch das Schiedsgericht lehnte die eingelegte Berufung der Wittwen und Kinder ab. So könnten wir noch eine Anzahl von Fällen und Ereignissen registrieren, die zur Evidenz beweisen, daß das Unfallversicherungsgesetz, namentlich für die kleinen Unternehmer eine große Last ist und von Tag zu Tag noch mehr wird, daß dasselbe, soweit es bis heute beurteilt werden kann, in seiner Praxis unter dem Druck der bürokratischen Behandlung und Anwendung krank. Und die Hauptsache, — die Versorgung der verunglückten Arbeiter ist häufig illusorisch gemacht, ja dieselben sind heute oft viel schlimmer daran, wie ehemals, wenn sie nicht noch nebenbei von humanen Arbeitgebern versichert werden, oder wenn es ihnen die Mittel nicht gestattet, sich selbst zu versichern. Dies ist die oft gerühmte Sozialreform, welche die Gegenstände unserer heutigen schweren Zeit auszugleichen bestimmt ist.

Die Gatz auf die Gewerkschaften ist mit dem Entscheid des Altonaer Schöffengerichts, bezüglich Schließung des Maurer-Fachvereins eröffnet und hat die Behörde von Neumünster, welche ja genugsam durch ihre Regierungsverbindlichkeit bekannt ist, keinen Augenblick gezögert, mit dem Altonaer Staatsanwalt in eine Kerbe zu hauen. Kaum war die Schließung des genannten Vereins in Altona ausgesprochen, als auch nach der Hamb. „Bürger-Zig.“ sofort der Maurer-Fachverein in Neumünster verboten wurde. Das ist „Sozialreform.“

Eine Versammlung sächsischer größerer Ham-burger Dampfmaschinenlinien ist geplant, so daß eine Gesellschaft gebildet würde, die über 90 Dampfer und mehr ver-fügte. So wird der „Reisezeitung“ aus Hamburg als von dem neuesten Projekt geschrieben. Danach würde wieder ein Stück freier Konkurrenz den Weg alles Fleisches gehen und ein neues kapitalistisches Monopol entstehen.

Schuhmacherstreik in Hamburg. Nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Bock hat am Montag Abend eine Versammlung von 900 Schuhmachern in Hamburg einstimmig beschlossen, am 15. d. M. die Arbeit niederzuliegen.

Ein Bild aus dem Voigtland. Der „Voigtl. Anz.“ schreibt aus Hammerbrück: „Vor wenig Tagen stand hier ein brauer, arbeitsamer, im 34. Lebensjahre stehender Weber plötz-lich an Gehirnerkrankung. Welch' trauriges Loos es jetzt überhaupt ist, Garbinenweber zu sein, bedarf wohl kaum hier noch der Erörterung. Der Versorbene hatte, um seine traurige Lage zu verbessern, vor ungefähr 1 1/2 Jahren das Sticken unter den größten Entbehrungen erlernt, und da zufällig hier eine Maschine zu verpachten war, so übernahm er dieselbe. Nun glaubte sich der gute Mann vor dem Hunger geborgen. Allein es kam anders! Die Wöhne der Sticker gingen bekanntlich so schnell herunter, daß er kaum die Pacht erschwingen konnte, und die Noth trat wieder in aller Bitterkeit an ihn heran. Blöthlich wird er vom Tode ereilt und das Elend dieser Familie dadurch auf die höchste Spitze getrieben. Als der Versorbene beerdigt wurde, stand die schwergewriste und sich wiederum in geeigneten Umständen befindliche Wittwe mit 7 Kindern, von denen das größte noch nicht 12 Jahre ist, am Sarge des Gatten.“

Vereine und Versammlungen.

Die Steinträger Berlins und Umgegend hielten am 28. v. Mts. eine stark besuchte Versammlung in Altermann's Salon, Dammstraße, unter Vorsitz des Herrn Wallentin ab. Herr Bock hielt einen von der Versammlung sehr be-fällig aufgenommenen Vortrag über „Das Wesen d. s. Streiks und seine Bedeutung“. Referent führte zunächst aus, daß der Arbeiter in früheren Zeiten so zu sagen das Eigenthum seines Herrn, des Kapitalisten war, wie heute die Maschine. Heute würden die Arbeitslöhne immer mehr heruntergedrückt. Der

Arbeiter, so führt Redner weiter aus, müßte danach streben, sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Das Koalitionsrecht sei die Waffe, und der Streik der Damm gegen die Übergriffe des Kapitals. Nachdem Referent alle Einzelfälle, die bei einem Streik in Betracht kommen, klar gelegt hatte, betonte er, daß der Streik zum Siege der Arbeiter nur dann ausfallen werde, wenn er sich auf eine feste Organi-sation stützen könne. Die Steinträger hätten seit dem kurzen Bestehen ihrer Organisation bewiesen, daß sie nicht bloß die Muskeln, sondern auch den Kopf auf dem richtigen Plage haben. Was den diesjährigen Alfordtarif anbelangt, so werden die Meister denselben wohl akzeptiren. In den Jahren 1871—74 betrug der Preis für das Mille Steine im Barterre durchschnittlich 4,50 M., er sank dann bis vor zwei Jahren auf 1,75 M. Hinsichtlich der kommenden diesjährigen Bauperiode und des Tarifs von 1871—74 sei der diesjährige Tarif nicht zu hoch bemessen. Es werde, meint Redner, ein leichtes sein, denselben zur Durchführung zu bringen. Nicht nur Berlin, sondern ganz Deutschland blide auf die stramme Organisation der Steinträger Berlins. Jeder, der dem Fachverein noch fern steht, müßte demselben beitreten, damit durch eine feste Organisation der Arbeiter sich eine bessere Existenz schaffen kann. An der Diskussion theilnahmen sich die Herren Kennthaler und Kunkel im Sinne des Referenten, Herr Kennthaler empfahl, den Tarif voll und ganz inne zu halten. Es gelangte hierauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die heute tagende öffentliche Ver-sammlung der Steinträger Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ver-pflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden geselligen Mitteln dahin zu wirken, daß der Verein immer mehr an Aus-dehnung gewinne. Einige Beschwerden über Einbehaltung des Lohnes statt Kautions wurden vom Vorsitzenden und den Herren Ansal, Stanlow und Kennthaler scharf kritisiert. Ein Antrag, für die Wittve eines verstorbenen Kollegen eine Teilerfassung zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen. Diefelbe ergab 19 M. Der Vor-sitzende fragte hierauf an, ob Jemand gegen den am 1. Mai in Kraft tretenden Alfordtarif etwas einzuwenden habe. Die Versammlung bekundete einstimmig, daß sie an dem Tarif fest-halten werde. Hierauf wurde bekannt gemacht, daß Ende April oder Anfang Mai eine Versammlung stattfinden soll zur definitiven Beschlußfassung darüber, wie sich die Steinträger den Meistern gegenüber verhalten wollen, welche sich weigern, nach dem Tarif zu zahlen. Das Nähere wird im „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht. Mit einem dreimaligen Hoch auf das Wohlgehen der gerechten Forderungen der Steinträger schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Im Interessensverein der Kisten- und Koffermacher wurde am Montag, den 29. März, in den „Arminhallen“ die Wahl des Vorstandes vollzogen. Der bisherige 1. Vorsitzende Herr Tschernig hatte schriftlich angezeigt, daß er krankheits-halber eine Neuwahl nicht annehmen könne. Zum ersten Vor-sitzenden wurde von Herrn Tschernig Herr Haschel und zum Schriftführer Herr Reichnig vorgeschlagen. — Herr Haschel gab die Erklärung ab, daß er nur dann ein Amt im Verein an-nehmen würde, wenn die unberechtigten Angriffe gegen ihn, welche sich ein Mitglied in einem öffentlichen Lokal erlaubt hätte, von der Versammlung als Verleumdungen zurückgewie-sen würden. Nachdem Herr Reichnig darauf hingewiesen, daß auf derartige Äußerungen indifferenter Kollegen kein Gewicht zu legen sei, ertheilte die Versammlung Herrn Haschel ein Vertrauensvotum und wählte die Herren Reichnig zum ersten und Haschel zweiten Vorsitzenden; Behne und Schaale zu Schriftführern; Seidel und Ernst zu Kassieren, und Behrend, Brisch und Frieze zu Revisoren. Die Wahl der Lohnkom-mission wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt und den streikenden Knopfmachern 15 Mark aus der Vereinskasse be-willigt.

Die Zentralkrankenkasse der Maurer, Steinhauer Gypser und Stullateure Deutschlands „Grundstein zur Einig-keit“ (eingetragene Hilfskasse Nr. 7 in Altona) veröffentlichte soeben ihre Abrechnung für das Jahr 1885. Wir entnehmen

dieselben, daß die Zahl der Mitglieder am Schlusse des Jahres 1885 12 329 in 121 Zahlstellen gegenüber 8061 in 68 Zahl-stellen des Jahres 1884 betrug. Die Kassenbestände beliefen sich am Ende des Jahres 1884 auf 39 070,92 Mark, die Ein-nahmen pro 1885 auf 194 218,22 Mark, somit Gesamt-einnahme 233 289,14 Mark. An Krankenunterstützungen wur-den ausgegeben 148 444,89 Mark, an Sterbebeizern 7290 Mark, an Gehältern 12 255,43 Mark, an Kassenbeständen sind vor-handen am Schlusse des Jahres 1885 55 075,66 Mark. Die Einnahmen und Ausgaben bilanziren mit der vorhin genannten Summe von 233 289,14 Mark. Aus der Abrechnung ist weiter zu ersehen, daß die erste (höchste) Klasse eine Mehrausgabe von 6311 Mark zu verzeichnen hat. Nach den gemachten Er-fahrungen wird diese Klasse von Simulanten und sogenannten Quartalstranken ausgebeutet, und soll hiergegen die demnächst tagende Generalversammlung Abhilfe treffen. Es ist in diesem Jahre ein Ueberfluß von 16 004 Mark zu verzeichnen, doch glaubt der Vorstand trotzdem nicht ohne Beitragserhöhung wegkommen zu können; da jährlich mindestens ein Sehtel der Kassenbeiträge dem Referendats zugewöhrt werden muß, würde dies 20 000 Mark ausmachen. Die Abrechnung der Frauen-sterbekasse, die erst jüngst in Bayern Genehmigung zum Ge-schäftsbetrieb erhalten hat, bilanzirt in Einnahmen und Aus-gaben 3906,18 Mark, die Filiale München der Zentralkrank-enkasse zählt gegenwärtig 125 Mitglieder.

* Fachverein der Schlosser und Berufsgenossen. Sonn-abend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung, in Grätwils Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79. Tages-ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Antrag, Erhöhung der monat-lichen Beiträge. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Be-sprechung über das nächste Sommerfest. 5. Verschiedenes und Fragelasten.

* Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metall-arbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale 4. Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung, Andreasstr. 26. Tagesordnung: Kassenbericht. Delegirtenwahl. Verschiedenes.

* Fachverein der Steinmetzen. Versammlung am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Ahlgrimm's Salon, Sophienstr. 34. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Der Streik der Steinmetzen in Halle a. S. 3. Anträge zum Kongress. 4. Verschiedenes.

Eine Wohlthätigkeits-Soiree, veranstaltet von den Köpelpolizern Berlins, findet am Sonnabend, den 3. April, in der „Arancia“, Wrangelstraße 9—10, statt. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges. Abendkasse findet nicht statt. Billets à 30 Pf. sind bei Steffen, Wrangelstraße 138, im Lokal zu haben.

* Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metall-arbeiter (E. S. 29, Hamburg) Filiale 9. Sonnabend, den 3. April, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal des Herrn Donath, Alt-Moabit 90. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. Wahl der Delegirten. 3. Wahl eines Beitragsammlers. Bei-träge werden ebenfalls entgegen genommen. Das Kassenlokal bleibt geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

E. R. 6. Weil es gesetzlich verboten ist. W. Steffen. Wenn das Dienstmädchen durch längeres Verbleiben im Dienst die Gelegenheit zu ihrer Verheirathung ver-säumen würde, so kann es mit Ablauf des laufenden Viertel-jahres den Dienst verlassen. Wenn es also am 1. April der Herrschaft diese seine Absicht mittheilt, so kann es am 1. Juli gehen.

Treuer Abonnent. Es kommt darauf an, ob Ihre Tochter, als sie sich den Fuß brach, einen Weg für die Dienst-hererschaft oder aber einen Privatweg besorgte. Nur in ersterem Fall kann Ihre Tochter überhaupt Kur- und Verpflegungskosten beanspruchen, dann aber bis zur vollständigen Heilung, also auch über 6 Wochen hinaus. Dafür, daß Sie im Einverständ-niß mit der Herrschaft Ihre Tochter bei sich in Pflege ge-nommen haben, können Sie pro Tag 2 Mark beanspruchen und sich für die Angemessenheit dieses Satzes auf Auskunft des hie-sigen Polizeipräsidenten berufen.

Theater.

Freitag, den 2. April.

Dyernhaus. Siegfried, Musikdrama in 3 Akten von Richard Wagner.
Schauspielhaus. Inbügente auf Lauris, Schau-spiel in 5 Akten von Göthe.
Deutsches Theater. Antigone.
Ballner-Theater. Hofmann's Töchter.
Westend-Theater. Frau Doctor, Schwanz in 3 Akten von W. Ferrier u. S. Bocage.
Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: Sein Spezi.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Bignonebaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Salomon und Wilten.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Wegen „Amor“ Proben geschlossen.
Ostend-Theater. Die Loreley, romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wäldertheaterstraße 15. [1200] Heute:

Am Allerseelentag

oder:

Das Gebet auf dem Friedhof.

Original-Vollstauspiel in 4 Akten nebst 1 Vorspiel

Ein gegebenes Wort

von Heinrich Klaußmann.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wenn haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Vassage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [1201]

Kaiser-Panorama.

Nur diese Woche: Das schottische Hochland. 1. Abth. Eine Reise d. d. schöne Spanien. Gertha-Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf.

Fachverein der Puzer.

Sonntag, den 4. April, Vormittags 11 Uhr:

Ordentliche Mitgliederversammlung

im Vereinslokal, Inselstraße 10.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht 1203 Der Vorstand.

Versammlung der Mitglieder der

Central-Franken- und Sterbe-Kasse

der deutschen Wagenbauer

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 8 in Hamburg)

am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Keny's Salon, Raunynstr. Nr. 27.

Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom I. Quartal. 2. Verschiedenes und Fragelasten.

Otto Matthes, Bevollmächtigter, Admiralstraße 25. 1202

Große Kommunal-Wähler-

Bersammlung

des Norden und des Osten

am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Söhns Brauerei, Breitenhauer Allee, Ecke der Saardrückerstraße. 1204

Tagesordnung: Die Wohnungsfrage und der Stadt-verordnete Hoffmann II. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Stadt-verordnete Hoffmann II ist hierzu briefl. eingel.

Außerord. General-Versammlung

der Zimmerleute

Berlins und Umgegend

findet am Sonntag, den 4. April, Vormittags pünktlich 10 Uhr, in der „Sonhalle“, Friedrichstraße 112, statt. T. D.: 1. Die Antwortschreiben der Meister. 2. Wahl eines Generalfondskassiers. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen eines jeden Zimmerers ist notwendig. Die Herren Arbeitgeber, welche Zimmergesellen be-schäftigen, sind zu dieser Versammlung freundl. eingeladen. Die Lohnkommission. 1212 J. A.: J. Seigt, Febrbellnerstr. 35.

Vereinigung der deutschen

Schmiede.

(Mitgliedschaft Berlin.)

Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Grätwils Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. T. D.: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Um zahlr. Erscheinen ersucht [1207] Der Vorstand.

Berliner Bock-Brauerei

SW. Tempelhofer Berg.

48. Bock-Bier-Saison 1886.

Wir versenden, so lange der Borrath reicht, unser Bockbier in Gebinden nach außerhalb und am Plage in Originalflaschen 18 Stück für 3 Mark, frei ins Haus, Pfand wird mit 5 Pf. pro Flasche berechnet, und hat der Kutscher eine Quittung unserer Brauerei darüber auszustellen. Nach außerhalb liefern wir Bockbier in Kisten à 50 Flaschen, incl. Kisten und Flaschen mit 14 Mark frei hiesigem Bahnhof und vergüten für Kiste und Flaschen bei freier Re-tourmitung 5 Mark zurück. In unserem Ausschanklokal auf der Brauerei versapfen wir täglich unser Bockbier im Garten und in den Sälen bei großem Militär-Concert. [1205]

Telephon 4419. Direction der Berliner Bock-Brauerei.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik

A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Keine Waare garantiert.

Vereinigung deutscher Stellmacher

(Mitgliedschaft Berlin.)

Sonnabend, den 3. April, Abends 8 Uhr, Ver-sammlung in Keller's Lokal, Andreasstr. 21 (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Stellungnahme zu der vom Kgl. Polizeipräsidenten jugestellten Verfügung. 3. Verschiedenes und Fragelasten. [1209] Die Ortsverwaltung.

Central-Franken- und Begräbniskasse

der Buchbinder (E. S.)

Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, und Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, Hauptversammlung.

Tagesordnung: Beratung der Anträge zur Generalversammlung. Quittungsbuch legi-timirt. [1206] Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

der Sattler Berlins

Sonnabend, den 3. April, Abends 8 Uhr, in Grätwils Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77—79.

Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Sattler zur Lohnbewegung? 2. Diskussion. 3. Ver-schiedenes. — Um zahlreichen Besuch ersucht 1211 Der Einberufer.

Restaurant zum „Ambos“.

Allen Vereinsgenossen, Freunden und Be-kannten zur Nachricht, daß ich [1210]

Freslaner-Strasse 27, part.,

ein Weiß- und Bairisch-

Bier-Lokal

eröffnet habe. Um geneigten Zuspruch bittet

Gustav Tempel,

Reine Dekkulation, Bier, Frischkäse und

Billardstube, sowie Vagener u. helles Lager-

bier à Glas 10 Pf. empfehle bestens

382 A. Barthel,

Rottbuser Damm 58 (Herzmann-Platz 4)

Einige Schlaffophas,

neu, gut gearbeitet, habe ich billig zu verkaufen.

Heinr. Kahlen, Tapezireur, [1213]

Spezialgeschäft für Polsterwaren, Potsdamerstr. 20, im Fabriksiengeb., 2 u. 3 Et.

Arbeitsmarkt.

E. Drechsler, v. L. Brühmann, Alte Jakobstr. 133.

E. Drechsler, v. L. Brühmann, Alte Jakobstr. 133.

Die Unruhen in und um Lüttich.

Die „Reforme“, das Organ der Janson'schen Fortschrittspartei, hat einen Spezialbericht über die in der Industriebezugsstadt geschehenen, welcher die Lage in sehr arbeitfreundlichem Sinne beurteilt. Wir theilen nachstehend Einiges aus seinen Berichten mit. So schreibt er u. a. aus Lüttich vom 22. März Abends:

Die unvöllige Entfaltung militärischer Kräfte hat ihre logische Wirkung gehabt. Während man in Seraing klug genug war, die Truppen in den Fabriken zu verbergen und sie nicht auf die Straßen zu schicken, hat man hier Soldaten und Parouillen in drohender Haltung überall herum marschieren lassen. Daher hat eine Kollision nicht auf sich warten lassen. Seit drei Tagen hat die Gegenwart der Truppen die Arbeiterbevölkerung aufs Höchste gereizt. Es bildeten sich allenthalben Gruppen von Streikenden oder Reuterigen. Sie waren still, aber entschlossen; man hörte keinen Gesang und keinen Ruf; aber wenn man ihnen ans Leben gehen will, werden sie ihre Haut theuer verkaufen. Diese Leute hören nicht auf die Aufwiegler, die der Arbeitgeber überall sieht, um die Wirkungen des Glucks zu erklären, gerade wie die Religion überall nur Götter und Wunder sieht, um die Vorgänge in der Natur zu erklären. Aber sie leiden entschuldig, denn 50 bis 100 Fr. monatlich reichen zum Leben nicht hin; ihre Arbeit ist die härteste, die man sich denken kann, und dazu kommen noch tausend Qualereien, von denen sie beherrscht werden. Heute, Montag, sind Soldaten angelangt, um sich in den Dienst dieser Feudalherren zu stellen; zu dieser Provokation kommen die drakonischen Unausführbarkeiten der Bürgermeister. Der Belagerungsstand herrscht und man steht außerhalb des Gesezes. Daher blicken auch die Straßen zu Lilleur s. B. das Bild eines Schlachtfeldes. Die Läden sind geschlossen und die Bewohner wagen keinen Schritt auf die Straße.

Und sie haben Recht, denn man hat nicht umsonst angeklagt, daß man blindlings nach allen Richtungen schießen werde. In Lilleur, wo Herr Braconnieur herrscht, der mit der Grube Porlos mehrere Millionen verdient hat, haben die Soldaten, die seine Beche bewachen, Blut vergossen. In der Nähe befindet sich ein Uebergang, auf dem sich einige Leute bewegten, da die engen Straßen von Lilleur gesperrt waren. Sie konnten da kein Unheil anrichten, aber man forderte sie auf, zurückzugehen. Sie kreuzten die Arme und riefen: „Schieß nur, Feiglinge!“ Es wird geschossen, anfangs zu hoch, um zu treffen; dann ließ der Offizier zielen und nochmals schießen, worauf ein Kind, eine Frau und ein Arbeiter fielen; die übrigen blieben stehen und riefen: „Schieß nur, Feiglinge!“ Ist das nicht herzerreißend? Das Kind, ein Knabe aus Jemappe, wurde sterbend in das Spital nach Lüttich gebracht. Nach solchen Szenen ist es natürlich, daß der Zorn wächst und der Konflikt wird sich wieder entbrennen. Jedermann ist bewaffnet und schießt mit Revolvern, und sei es auch nur, um Lärm zu machen. Es hat sich eine wahre Menschenjagd herausgebildet; wer in einem oberen Stockwerke zum Fenster hinauskam oder auf einer hervorragenden Stelle, wird aufgefordert, herabzukommen; folgt er nicht augenblicklich, so wird auf ihn geschossen. Die Eigentümer der Minen sind völlig kriegsgerüstet; sie halten Wache in ihren Häusern, umgeben von den Offizieren, die an ihrem Tisch sitzen; sie haben die besten Schusswaffen und drohen, auf alle Gruppen zu schießen, die sich in der Nähe ihrer Gruben bilden sollten. Die Furcht macht wild und es scheint schon, daß die Grubenbesitzer keine Menschen mehr sind. So weit sind wir gekommen, Dank den Unthun durch unsere Behörden getroffenen Vorkehrungen. Und das heißt man „regieren“!

Hätte man, um der Furcht der Grubenbesitzer Rechnung zu tragen, Nachsicht die wichtigsten Punkte mit Militär besetzt und dieses da beistimmen gehalten, hätten dann die Gemeindebehörden, soweit sie populär sind, in freundlicher und väterlicher Weise, wie es ihre Pflicht ist, als persönliche und über beiden Theilen stehende Autorität intervenirt, statt all ihren Einfluß und Nachmittel bloß den Besitzern gegen die Arbeiter zur Verfügung zu stellen, so wäre absolut nichts passiert, während jetzt das Uebel unheilbar ist.

Ueber die Ursachen des Streiks macht der Korrespondent folgende Mittheilungen:

Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung, aber nur darum, weil sie den Lohn herabgesetzt worden ist. Sie verlangen ferner, aus den Gruben aufsteigen zu können, sobald sie mit ihrer Arbeit fertig sind, während die Verwaltung will, daß sie bleiben, bis alle fertig sind, man will sie also zwingen, schweißtriefend und halbnaakt in den kaltefeuchten, von Wasser triefenden Gallerien zu bleiben. Der Streik wäre auch ohne die Unruhen in Lüttich ausgebrochen. Er ist nicht das Werk von Aufwiegern, sondern das Produkt wachsenden Glucks und zahlloser Qualereien. Die Verwaltungen selbst sahen den Streik voraus, denn sie haben schon vor 14 Tagen das Quantum vorräthigen Dynamits in verschiedenen Gruben beträchtlich vermindert.

Das Sinken der Löhne ist offenbar; ist doch in dem offiziellen Berichte des Direktors der Minenabtheilung für den Bezirk Lüttich konstatirt worden, daß 1884 die Kohlengruben ein Drittel mehr Reingewinn erzielt hätten, als im vorherigen Jahre, „Dank der Herabsetzung der Löhne“. Im Jahre 1883 betrug der Reingewinn 1 238 094 Fr., 1884 betrug er 1 935 895 Fr. 21 Gruben arbeiteten noch mit Verlust, aber sie hatten ihre Produktion eingeschränkt und verloren eine Million weniger. In derselben Zeit fiel der jährliche Durchschnittslohn von 1017 auf 938 Fr. Wörtlich heißt es in dem angeführten Berichte: „Das allgemeine Resultat der Operationen in dem abgelassenen Betriebsjahre ist viel befriedigender, als das vorhergehenden Jahres, das auch schon eine Besserung gegenüber 1882 aufweist. Man kann dieses Resultat nur der Verminderung der Produktionskosten zuschreiben, die um 8 pCt. herabgesetzt werden konnten; das war das Ergebnis einer Reduktion der Löhne um mehr als die Hälfte.“

Also haben die Eigentümer von Jahr zu Jahr ihre Lage verbessert, indem sie den Lohn ihrer Arbeiter verminderten. Und nun wollen sie sich über den Streik wundern, den sie den Aufwiegern zuschreiben, während sie allein selbst daran schuld sind! Und die Behörden geben ihnen Recht, indem sie aus Gefälligkeit für sie über eine ganze friedliche Gegend den Belagerungsstand verhängen!

Der Korrespondent kündigt sodann an, daß er auch für einzelne Gruben bestimmte Daten mittheilen und überhaupt alle seine Angaben ziffernmäßig belegen werde. Dann wendet er sich gegen den Vorwurf, daß der Arbeiter in günstigen Zeiten hätte sparen sollen; er fährt nämlich über den Reingewinn und den Durchschnittslohn die folgenden offiziellen Ziffern an:

Jahr:	Reingewinn:	Durchschnittslohn:
1871:	14 290 000	864
1872:	35 529 000	1 047
1873:	93 495 000	1 353
1874:	22 962 000	1 184
1875:	12 895 000	1 136

Im Jahre 1878 wurde mit Verlust gearbeitet und der Durchschnittslohn fiel auf 835 Fr. „Aber“, fragt der Korrespondent, „wer hätte eigentlich sparen sollen, die Arbeiter oder die Eigentümer?“

„Ja“, seufzt sie klagend, „die Kräfte wollen diesmal gar nicht wiederkommen.“

„Du müßtest bessere Nahrung und Pflege haben, dann würden auch die Kräfte wiederkommen, aber so?“ — — — Der Mann wandte sich ab. Er wollte nicht, daß seine Frau den Unmuth in seinen Augen sah. Doch Stephanie kannte ihren Mann sehr gut, und mit leiser Stimme sagte sie bitend: „Raoul, mach Dir meinethwegen keine Sorgen. Ich fühle mich nach fünf Tagen verhältnismäßig ganz wohl, auch die Kräfte werden mit der Zeit allmählich kommen.“

Der Mann antwortete nicht; halbniekend lauerte er vor dem brennenden Kamin und rührte eifrig in der Suppe. Dann kostete er ein wenig, legte den Löffel bei Seite und begann in der Stube, in welcher alles brunter und drüber lag, Ordnung zu schaffen, sodann zu lehnen. Dabei stieß er unvorsichtiger Weise an ein kleines Bett, welches er vorher immer recht sorgfältig umgangen hatte, und fast gleichzeitig hoben sich zwei dunkle Lockenköpfe hervor. „Papa, aufstehen!“ rief glücklich das eine und lächelte das zweite, „aufstehen, Papa!“ Zu gleicher Zeit streckten sich vier dicke, runde Armechen verlangend dem Papa entgegen.

„Meine armen, lieben Kinderchen, ich kann nicht!“ rief der sich beilende Mann, „nur noch 15 Minuten habe ich Zeit.“ Mit scherzhaften Worten suchte er die weinenden Kinder auf andere Gedanken zu bringen, während er die Suppe vom Feuer nahm und ausschöpfte. In den einen Keller rührte er ein Ei hinein und reichte ihn seiner Frau, welche er vorher aufgerichtet und ihr die Kopfsissen als Stütze für das schwache Kreuz sorgfältig zurechtgeschoben hatte.

Obgleich die Mutter in strafendem Tone die Kinder ermahnte, hübsch artig zu sein, verlangten diese doch nach Rindereis, vom Papa angeleitet zu werden.

Es that dem Manne von Herzen weh, dem Wunsche der Kinder nicht nachkommen zu können. Er beugte sich zu ihnen und herzte und küßte seine Lieblinge, indem er ihnen allerlei Versprechungen zuschickte. Dann rückte er das Bettchen an den Tisch, stellte jedem seinen Kessel mit Suppe hin und empfahl die größte Vorsicht beim Essen.

Die unerbittliche Zeit scheint in beschränkten Momenten

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

179. Sitzung vom 1. April, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Schelling und Kommissarien.

Eingegangen sind der Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Sultan von Sansibar und eine Nachweisung der Veränderungen im Bestande des als Eigenthum des Reichs festgestellten Grundbesitzes.

Für zweiten Berathung steht die Ergänzung des § 809 der Zivilprozessordnung durch folgenden dritten Absatz: „Die Vollziehung ist vor der Zustellung des Arrestbeschlusses an den Schuldner zulässig. Sie ist jedoch ohne Wirkung, wenn die Zustellung nicht innerhalb einer Woche nach der Vollziehung und vor Ablauf der für diese im vorhergehenden Absätze bestimmten Frist erfolgt.“

Abg. Meyer (Halle): Diese Fassung des Zusatzes durch die Kommission sagt mir bei weitem mehr zu und fordert theoretisch und praktisch viel weniger Bedenken heraus als der Entwurf der Regierung, aber noch immer kann ich es nicht für weise halten, schon jetzt zu dieser gesetzgeberischen Neuerung zu schreiten. Durch die Vorlage, durch die Bewegung in der Wissenschaft in Folge derselben und durch den Kommissionsbericht ist die theoretische Seite der Frage so tief durchgearbeitet worden, daß man nun abwarten sollte, ob nicht die Praxis aus eigener Kraft ohne eine gesetzgeberische Neuerung zu befriedigenden Resultaten gelangt. Ich beantrage daher, die dritte Lesung auf drei Monate zu verlagern, damit in dem dadurch gewonnenen Jahr die Gelegenheit gefunden wird, die Sache auf Grund des jetzt gesammelten Materials noch einmal zur Entscheidung des Reichsgerichts zu bringen, ob etwa auf diese Weise nicht eine befriedigende Ordnung herbeigeführt werden kann. Die Zivilprozessordnung ist eine gesetzgeberische Arbeit von hervorragender Gründlichkeit und Einheit des Gedankens; sie hat sich einen Respekt verdient, den sich in den letzten Jahrzehnten nur ein geringer Theil der Gesetze erworben hat. Man sollte daher zögern, ehe man ein solches Gesetz ändert, zumal der erste aus dem Gebäude gerissene Stein auch an anderen Enden Nothschreie aus der Praxis herüber veranlassen und die Reizung zu gesetzgeberischen Abänderungen steigern kann. Wollen wir zu einem guten Zivilprozessverfahren gelangen, so müssen wir dem unrigen, das kaum sieben Jahre in Kraft ist, Zeit lassen, sich in der Praxis zu bewähren, seine Grundsätze von der Theorie nach allen Richtungen hin durcharbeiten zu lassen und nicht durch ein fremdes Einschleichen seine organische Interpretation zu beeinträchtigen. Sollen nach einem Jahre in der Praxis keine Aenderungen gegen den gegenwärtigen Zustand eintreten, so würde ich allerdings der Vorlage in der Fassung der Kommission zustimmen. Aber gegen die großen Nachteile einer Aenderung ohne Noth kommt der kleine Nachtheil nicht in Betracht, daß die Praxis sich noch ein achtles Jahr mit dem bisherigen Zustand beklifft.

Referent v. Cuny: Die Kommission theilt das Bedauern, sich zu einem Vorschlag genöthigt zu sehen, der in das System der Zivilprozessordnung eingreift und würde es ebenfalls auf einen Versuch der Abhilfe im Wege der Praxis ankommen lassen, wenn nicht bereits Erfahrungen gemacht wären. Der Uebelstand, der den Anlaß zur Vorlage gab, stellte sich nicht heute und gestern, sondern beinahe an dem Tage ein, an welchem die Zivilprozessordnung ins Leben trat. Namentlich die kaufmännischen Kreise mit starkem überseeischen Schiffsverkehr erklärten es sofort für kaum möglich, auf Grundlage ihrer Bestimmungen rechtzeitig Arrest anzulegen. Diese Erfahrungen liegen bereits hinter uns, wir brauchen nicht erst noch ein Jahr, um sie zu machen. In der Kommission wurde uns das von hervorragender juristischer Seite aus der Mitte des Hamburgischen Handelsvereins heraus auf das Gütlichste von Ausländern in Hamburg legen müssen und da ist es sehr häufig unmöglich, diesen Arrest rechtzeitig zu vollziehen, weil die Zustellung, die nach der Zivilprozessordnung entweder vorher oder spätestens gleichzeitig mit der Arrestvollziehung stattfinden muß, eben nicht rechtzeitig erfolgen kann. Auf einem anderen Wege als dem der Gesetzgebung zu helfen, ist unmöglich.

Abg. Klemm spricht sich in demselben Sinne aus.

„Schneller denn je zu verlaufen. Der Mann hatte jetzt nicht mehr Zeit, seine Suppe zu essen, und trank sie aus dem Keller, warf sich schnell seinen Dienstaulet über, denn er war Kondukteur bei der Tramway-Gesellschaft, und eilte nach der Thür. Aber er konnte so schnell nicht hinaus; er lehrte noch einmal um und trat an das Bett seiner Frau.

„Stephanie“, sagte er innig und legte seinen Arm behutsam um die Schulter seines Weibes, „laß Dir die Zeit nicht lang werden und vor allen Dingen rage Dich nicht auf. Madame Pierre wird wohl ab und zu nach Euch sehen kommen und auch die Kinder anziehen. Besprich mir, heute noch nicht das Bett zu verlassen.“

„Besprich Du mir, heute Mittag nicht mehr zu kommen“, bat sie dagegen. „Ich fürchte, diese Anstrengung und Abtheilerei macht Dich noch krank, und was dann?“ — —

„Nun, ich verspreche es Dir“, sagte er, einen Kuß auf ihre Lippen drückend. Er ordnete die Kissen und legte sie sanft aus seinem Arm. Jetzt streckten sich verlangend noch vier Armechen nach ihm aus. Mit fliegender Hast herzte der Vater noch einmal seine Lieblinge, dann stürzte er hinaus in den feuchten Nebel, der sich allmählich jetzt in seinen Regnen verwanbelte.

Stephanie lauschte den davon eilenden Schritten ihres Mannes und ihre größten dunklen Augen füllten sich mit Thränen. Sie kam sich so elend, schwach und verlassen vor sammt ihren drei kleinen Wärmern. Denn der Tag von Morgens 6½ bis Abends 10¼ Uhr ist lang, entsetzlich lang, und der Handbreitungsbedarf ist viele. Wer sollte sie ihr leisten? Wohl war Madame Pierre, ihre Flurnachbarin, gut und theilnahmvol, aber sie konnte nur des Aufwartestellens hatte und den ganzen Tag außer dem Hause war. Und die anderen Frauen im Hause? Nun, die hatten ihre Anstandsviste gemacht, höslich ihre Dienste angeboten und waren nicht mehr wiedergekommen. Es war wohl auch nicht anders zu verlangen, denn Teber ist sich selbst der Nächste, und der Kampf ums tägliche Brod ist hart, besonders in dem rasend schnellen Geiriede einer Großstadt.

Feuilleton.

Nur ein klein wenig mehr Gerechtigkeit.

Von Elise Grimpe.

Es ist um die fünfte Morgenstunde. Schwere, feuchte Nebel, wie sie Paris häufig im Winter hat, lagern drückend auf dem gewaltigen Häusermeer. Die Stille in den engen Gassen und dunklen Höfen wird schon hin und wieder von eilenden Schritten unterbrochen; denn die Befriedigung der Lebensbedürfnisse erheischt ein frühzeitiges Aufstehen und harte Arbeit. Ein Fenster nach dem andern wird in den Arbeiterwohnungen hell, doch vermag der matte Schein durch den dicken Nebel nicht einmal bis zum nächsten Hause zu dringen. In einem der vielen erleuchteten Stübchen steht eine halbangelegte schwächliche Männergestalt, über das Bett einer blaffen Frau gebeugt und hebt aus ihren Armen vorsichtig ein kleines schreiendes Kind zu sich empor. Mit rührender Liebe und Sorgfalt schaukelt er dasselbe auf dem einen Arm, während er mit der anderen Hand einen leichten Kräuteraufguss bereitet. Sodann setzt er sich an den Tisch, doch so, daß die Augen der kranken Frau auf ihm ruhen können, legt sich das kleine, zarte Geschöpfchen behutsam zu recht und versucht, ihm etwas von dem Aufguss einzufüllen. Dabei giebt ihm die Vaterliebe allerlei wichtige Einfälle ein, und er plaudert zu dem Raabchen so vernünftig und dennoch so drollig, daß selbst die leidende Mutter heiter lächelt. Trotz der vielfach mißglückten Versuche, beschäftigt sich der Mann geduldig eine ganze Viertelstunde mit dem Kinde. Endlich glaubt er seine Pflicht seinem Sohne gegenüber erfüllt zu haben, und sehr glücklich darüber, daß sich der kleine liebe Schreihaal beruhigt hat, legt er ihn sonst in der Mutter Arm zurück. Einen Augenblick schauen sich die Gatten zärtlich in die Augen, dann streicht ihr der Mann das dunkle Haar aus der Stirne und drückt einen Kuß auf dieselbe. „Du siehst noch immer recht bleich und angegriffen aus, Stephanie“, murmelt er bewegt und greift nach der schmalen kleinen Hand, die er liebevoll freischelt.

Staatssekretär v. Schelling: Ich habe erhebliche Bedenken gegen die Zulässigkeit des vom Abg. Meyer gestellten Antrags. Sein Zweck ist, der Provinz noch einige Zeit zu lassen, damit sie versuchen kann, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die zur Vorlegung des Entwurfs geführt haben. Wenn das keine Aussicht ist, so realisiert er sie am einfachsten dadurch, daß es statthalt ist, eine Vertagung der Beschlussfassung bis zur nächsten Session in dieser Weise herbeizuführen. In der gegenwärtigen Sitzung ist über die Vorlage der veränderten Regierungsurkunde zur Tagesordnung überzugehen, so daß sie erst in der nächsten Session zur Verabschiedung gelangen kann. Das ist geschäftsmäßig nicht zulässig.

Der Zusatz zu § 809 in der von der Kommission empfohlenen Fassung wird angenommen und der Antrag des Abg. Meyer abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. (Verleihung der Rechte der juristischen Persönlichkeit an die Innungsverbände.)

Abg. Müller (Hess.) spricht seine Freude über die Vorlage sowie darüber aus, daß sie die Zustimmung des ganzen Hauses gefunden habe. Hoffentlich werde dies Wohlwollen gegen das Handwerk auf Seiten der Regierung wie des Reichstags anhalten und dann auch das Innungsgesetz von 1881 endlich verwirklicht werden. Auf das Bemühen, den Kredit der Reichsbank auch dem Handwerk zugänglich zu machen, lege er nicht viel Gewicht. Wer dem Handwerk rechtlich dienen wolle, der wäge dafür sorgen, daß das Prinzip der Vorkaufzahlung immer mehr Platz greife. Wichtig erscheine ihm auch, daß in den Großbetrieben auf die Anstellung tüchtiger Werkmeister Bedacht genommen werde, und daß diesen Werkmeistern der Eintritt in die Innungen gestattet werde. Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß das Bureaupersonal zwar in lautmännlicher Beziehung tüchtig ausgebildet ist, aber von dem Betriebe der Fabrik so gut wie gar nichts versteht. Nur durch die Einführung tüchtiger Meister auch in die industriellen Großbetriebe läßt sich eine Organisation der Fabrikarbeiter erzielen. Die Werkstätten der Staatsbahnen, Verwaltungen seien in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorzugehen und hätten damit auch erfreuliche Resultate erzielt.

Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes und das Gesetz im Ganzen werden ohne Debatte un verändert angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Büchtemann beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Baumbach beantragt, den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl auszusprechen und die Wahlzettel aus dem 2. Wahlkreis des Regierungsbezirks der Pfalz einzufordern. Er weist darauf hin, daß in einem Proklama zu Gunsten der Wahl des Abg. Büchtemann ein Brief von Gegnern in diesem gemischtbraucht und daß in einer Reihe von Wahlbezirken Stimmzettel von ganz ungewöhnlich großem Format zur Anwendung gebracht seien.

Abg. v. Köller tritt für den Kommissionsantrag ein. Die von Herrn Baumbach gesagten Thatsachen seien ganz gewöhnliche Wahlthatsachen, die er nicht billige, aber die überall vorkämen. Von dem Proklama habe weder Herr Büchtemann noch das nationale liberale Wahlkomitee eine Ahnung gehabt, und es sei noch vor der Wahl durch öffentlichen Anschlag als ein Falsifikat bezeichnet worden. Was die Wahlzettel betreffe, so sei festgestellt, daß Zettel von gleicher Größe auch für den Gegenkandidaten des Herrn Büchtemann abgegeben. Also auch in diesem Falle sei das Wahlmandat sofort durch einen Gegenzug vereitelt worden. Er bitte nochmals, den Beschluß der Kommission anzunehmen.

Abg. Träger hebt hervor, daß nach Ausweis des Kommissionsberichts in der Kommission über die Gültigkeit der Wahl gar nicht abgestimmt sei. Der Referent habe beantragt, den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl auszusprechen; der Korreferent habe die Gültigkeitserklärung beantragt. Bei der Abstimmung sei der Antrag des Referenten abgelehnt und daraus habe man einfach deduziert, daß nun der Antrag des Korreferenten zur Annahme gelangt sei. Ein Antrag auf nochmalige Rückverweisung der Wahlprüfung an die Kommission sei daher wohl am Platze gewesen. Herr v. Köller habe die Ansetzung des Proklamas einen gewöhnlichen Wahlmissbrauch genannt. Er sage, es sei die größte und gemeinste politische Gaunerei, die ihm jemals vorgekommen sei. (Sehr richtig! links.) Ob Herr Büchtemann von diesem Proklama Kenntnis gehabt habe oder nicht, darauf komme es nicht an. Man dürfe deshalb doch nicht Halt machen vor einer Ungleichheit. Mit der Zulassung derselben öffne man der politischen Kameralität Thür und Thor. Ueber allen Parteien stehe die Partei der anständigen Leute, der in diesem Hause alle angehörten. Um so mehr hoffe er, daß

Da sehen die besseren Tugenden des Menschen zu Grunde, der Mensch wird wider Willen Egoist.

Die arme kranke Frau wurde bei diesen Betrachtungen immer trauriger und die Thränen rannen unaufhaltsam über ihre Wangen. Jetzt zankten sich die beiden kleinen Mädchen plötzlich laut und eifrig um die Suppe, und ehe die Mutter schlichtend dazwischen zu reden vermochte, lagen die Teller zerbrochen an der Erde; im Fallen den Inhalt über Kinder und Bett ergießend. Schwach wie sie war, mußte sich die Mutter dennoch erheben und mit wankenden Schritten Ordnung in dieses Chaos bringen. Natürlich klagte sie laut und zürnte den Kindern, welche ganz zerstreut um Verzeihung flehten und ihr liebes Mütterchen baten, sie möchte sie doch gleich ankleiden. Und die Mutter willfahrte auch den Bitten der Kinder, die sich jauchzend an ihre liebe Mama schmiegen und sich in Zärtlichkeitsbezeugungen zu überdienen suchten. Sie pressten ihre weichen rothen Lippen so innig und zärtlich auf die schlank blutleere Hand der geliebten Mutter, bis diese unter Thränen ihren Schmeicheltönen zulächelte.

Während Stephanie so schwer und bitter das Joch der Armuth empfand, und die Bitterkeit nur schwer durch das kindlich frohe Gepolter und Gelose ihrer Kinder gelindert wurde, versah Raoul, ihr Mann, mit Angst und Sorge im Herzen um seine hilflose Familie, seinen anstrengenden Dienst, — als Pferdebahnkondukteur. Der seine dicke Regen machte sein Amt heute noch besonders unangenehm. Denn auf der langen Strecke von der Bastille bis nach St. Ouen muß er wohl dreißig Mal auf das Imperial hinauf, um die fünfzehn Zentimes Fahrgehalt den Passagieren mit höflichen Worten abzuverlangen. Mit rothen klammen Händen nahm er das Geld in Empfang und ließ es in die sich mehr und mehr fallende Geldtasche gleiten, während ihm immer das bleiche und traurige Anlitz seiner Frau vorschwebte.

Wenn sie sich nur besser pflegen könnte, dann würde sie bald nicht mehr so enttäuscht dreinschauen. Fleisch und guten Wein soll sie jetzt zu sich nehmen, hat gestern die Hebamme gesagt. Aber woher nehmen und nicht fehlen! —

Der Mann wurde immer verstimmt. In Gedanken rechnete er zum so und so vielten Male jeden Zentime zusammen; aber sein täglicher Lohn von fünf Franken und fünfzig

gegen die hier vorliegende Gaunerei das ganze Haus Front machen werde.

Abg. Büchtemann weist darauf hin, daß die Kommission es abgelehnt habe, die Ungültigkeitserklärung der Wahl wegen des veröffentlichten Proklamas auszusprechen. Weder Herr Büchtemann noch das nationale liberale Wahlkomitee habe von demselben Kenntnis gehabt. Man habe sofort gegen die Veröffentlichung desselben protestirt. Von wem dasselbe ausgegangen, sei noch nicht festgestellt. Er bestreite, daß dies von nationalliberaler Seite geschehen sei; man habe doch von einem so einfältigen Mäander sich keinerlei Vortheile versprechen können. Die Verabgabung der großen Stimmzettel für Herrn Büchtemann sei der Gegenpartei bekannt gewesen. Für Herrn Sartorius, den Gegenkandidaten von Büchtemann, seien gleich große Zettel abgegeben. Wohin solle man mit der Sicherheit der Mandate kommen, wenn man die Gültigkeit derselben abhängig mache von anonymen Persönlichkeiten und der Ungeschicklichkeit von Buchdruckern, die vielleicht einmal Stimmzettel von großem Format herstellten.

Abg. Spahn bittet, den Antrag Baumbach abzulehnen. Das Proklama sei ein unwürdiges Mäander, aber für die Behauptung, daß dasselbe von der nationalliberalen Partei ausgegangen, sei der Beweis nicht erbracht. Die Angaben über die Wahlzettel seien der beste Beweis, daß es neuer gesetzlicher Bestimmungen, welche das Geheimniß der Wahl schützen, bedürfte.

Die Debatte wird geschlossen und die Wahl des Abg. Büchtemann unter Ablehnung des Antrags Baumbach für gültig erklärt.

Bzüglich der Wahl des Abg. Groß schlägt die Kommission vor: Die Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl auszusprechen und den Reichstanzler zu ersuchen, über eine Reihe von Unregelmäßigkeiten Erhebungen anstellen zu lassen.

Der Antrag der Kommission wird mit einem Abänderungsantrage Liebknecht, der die Erhebungen noch auf einige andere Punkte ausdehnen will, angenommen.

Die Wahl des Abg. Hellwig wird ohne Debatte, dem Antrage der Kommission entsprechend, beantragt.

In Bezug auf die Wahl des Abg. Woermann wird ein älterer Beschluß für erledigt erklärt.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Ein Antrag des Abg. Singer, morgen vor der dritten Vertagung des Sozialistengesetzes die noch ausstehenden Wahlprüfungen zu erledigen, wird abgelehnt.

Schluss 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Dritte Vertagung des Sozialistengesetzes.)

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 1. April, 11 Uhr.

Am Ministertische von Puttkamer, Lucius, von Scholz und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die zweite Vertagung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beförderung deutscher Anstellungen in Westpreußen und Posen.

Mit der Diskussion des § 1, welcher 100 Millionen der Regierung zum Ankauf bäuerlicher Grundstücke zur Verfügung stellt, wird die Debatte über folgenden Antrag des Abg. von Huene verbunden:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

- I. Die königliche Regierung aufzufordern:
 1. Dasjenige statistische und sonstige Material mitzutheilen, aus welchem hervorgeht, mit welchem Erfolge die polnische Nationalität unter Veränderung der vorhandenen deutschen Elemente, wie behauptet ist, versucht hat, sich auszubreiten.
 2. Eingehende Mittheilungen über Art, Umfang und Erfolg der früheren Germanisirungsversuche durch agrarpolitische Maßregeln, wie solche seit 1830 getroffen worden sind, zu machen.

II. Die zweite Vertagung über den Gesetzentwurf auszusprechen, bis zur Vorlegung des verlangten Materials.

Abg. v. Huene (Zentrum): Mein Antrag, der schon in der Kommission gestellt war, ist eine natürliche Konsequenz des Charakters der Motive der Vorlage. Wir haben schon früher gesagt, daß diese Motive zu unzureichend sind, als daß wir uns mit großen Mitteln für diese Zwecke engagieren könnten. Die Regierung hat es abgelehnt, die in meinem Antrage verlangten Materialien vorzulegen; die in der Begründung des Gesetzentwurfs als notwendig bezeichneten Verhältnisse in den Provinzen Posen und Westpreußen lagen offen zu Tage und seien in diesen Landesstellen seit Jahren Jedermann bekannt. (Abg. Enneccerus: Sehr richtig!) Herr Enneccerus wohnt in Marburg und nicht in Posen. Wer sich nicht einer objektiven Beurtheilung der Lage verschließen wolle, werde auch ohne weitere statistische Materialien, welche ohnehin den

Zentimes reichten nun absolut nicht zu Wein und Fleisch. Vielleicht hätte es einigermaßen gereicht, wenn nicht alle Jahre Zuwachs gekommen wäre. Dergleichen Ereignisse greifen an den Geldbeutel. Die kleinen Erpöhlunge können manchmal doch recht ungelogen kommen. Nun, das Dritte ist ja ein Sohn! und der Vater war zufrieden trotz alledem, und hätte den Jüngsten um keinen Preis der Welt missen mögen. (Schluß folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Im Walhalla-Theater findet heute, Freitag, die 50. Aufführung des Lustspiels „Das lachende Berlin“ statt. In dieser Vorleistung tritt auch Herr Herrmann, der von seinem Unwohlsein genesen, wieder auf.

Louisenstädtisches Theater. Der Mann mit dem Roß, oder: „Das weinende Berlin“, welches, wie bereits angekündigt, am Sonntag, den 4. April, in Szene geht, bringt unter Anderem folgende Gesangsnummern: Den „Roßwälder“ — „Ich liebe Sie so tief“ — „Das lachende Berlin“ — „Madonna Theresia“ — und ein urkomisches Quartett. Ferner wird der für dieses Stück engagierte Baritonist Herr v. Hagen zwei seriöse Lieder: „Die schönste Stadt ist Berlin“ und „Die Boesche“, zum Vortrag bringen.

Ein Skandal im Theater. Aus Baden bei Wien wird unterm 28. März berichtet: Am letzten Sonnabend ereignete sich im hiesigen Stadttheater während der Zwischenpause des ersten Aktes der „Jungfrau von Bellerose“ ein arger Theater-standal, der in einen förmlichen Kaufkrieg ausartete. Im Parterre dritte Reihe erregte ein Rittmeister in Zivilkleidung durch das Aufbehalten seines Zylinderhutes großen Ärger. Herr Rudolf Schmitt, ein Bruder der Hofchauspielerin Kathi Schmitt, ersuchte den Rittmeister, den Hut abzunehmen. Anstatt dem Ersuchen Folge zu geben, verlegte der Rittmeister Herrn Schmitt einen so wichtigen Schlag ins Gesicht, daß dieser aus Mund und Nase blutete. Dieser brutale Akt, welcher die Entrüstung des Publikums hervorrief, machte Alles von den Sitzen erheben und wurden vom Siebparterre und von den Galerien ernstliche Drohungen und laute Verwünschungen gegen den Rittmeister laut, der sich durch einen Nothausgang vor der Lynchjustiz aus dem Staube machte während Herr Schmitt sich nach Hause begab. Der Herr Rittmeister soll, wie es heißt, das Renkontre bereits seinem vorletzten Kommando selbst angezeigt haben.

Kern der Sache niemals treffen könnten, ohne alle Schwierigkeit erkennen, daß es sich darum handele, eine systematische, von Jahr zu Jahr intensiver betriebene Agitation aus politischen Kreisen zu bekämpfen. Die Sache ist also notorisch, weil sie notorisch ist. Ich habe aber nicht nur statistisches, sondern auch sonstiges Material vor. Auch die Beobachtungen, die man dort gemacht hat. Auch die Vorberhandlungen in beiden Häusern des Landtages, hieß es weiter, hätten bereits ein reiches Material zur Beurtheilung der Zustände geliefert. (Abg. Dr. Wehr: Sehr richtig!) Viele Worte, aber nicht viel Material. „Die Uebermittlung weiterer statistischer oder sonstiger Materialien an die Kommission würde nur dazu dienen, die Verhandlungen zu vertagen und neuen Angriffen Raum zu geben.“ Wenn man gutes Material hat, braucht man die Angriffe nicht zu scheuen, aber ich fürchte, die Regierung hat nicht viel Material in der Hand. Es ist merkwürdig, daß die Regierung Angaben über ihre früheren Bestrebungen zu gleichem Zwecke jetzt verweigert, während sie sich in den Motiven auf jene „gleichen Zwecke und gleichen Wege“ bezieht. Ich beantrage, über meinen Antrag namentlich abzustimmen, um festzulegen, wer von den gewählten Volksvertretern in der Lage ist, auf Grund einer schwachen Begründung (sehr richtig!) in diesem Umfange preussische Staatsgelder zu engagieren. (Beifall im Centrum.) Nationaler Patriotismus reicht dafür nicht aus. Ich bemerke hier noch, den Kommissionsbericht berücksichtigend, daß wir uns an den Kommissionsberathungen nach jener Erklärung der Regierung gar nicht mehr betheiligen dürfen und daß nur ein Votum für meinen Antrag gestimmt hat. So konnte der Fruchtmann entstehen, daß mein Antrag gegen eine Stimme abgelehnt worden sei. Was bleibt übrig von dem Material, das uns mitgeteilt worden? Vor 25 Jahren besaßen wir nur 528 361 Hektar in deutschem Besitz, dagegen 851 106 in polnischem. Augenblicklich sind 723 899 in deutschem Besitz, und nur 636 000 in polnischem. Der deutsche Besitz hat sich also um 37 pCt. vermehrt. Was will demgegenüber die Statistik über die Sprachkenntnis bei den Sprachminderheiten beweisen, die ohnehin, wie Herr von Regener-Kernswalde nachgewiesen hat, ganz vage und unzuverlässig ist? Der § 1 ist geblieben in seiner vollständigen Unklarheit. Es ist kein Zweifel mehr, daß die Polen bei der Kolonisation nicht berücksichtigt werden sollen. Daß man aber die Polen auf Staatskosten auslöscht, ist doch etwas stark. Ueber die Kosten dieser ganzen Maßregel haben wir in der Kommission nicht den geringsten Aufschluß erhalten. Die Vorlage verlangt Staatsgelder, ohne uns Anhaltspunkte für den Preis des Grundes und Bodens, der Gebäude und des Viehs zu geben, während wir sonst für jeden einzelnen Bau einen superrevidirten Kostenschlag bekommen. Solche Forderungen sind nur berechtigt, wenn der Feind vor der Thür steht. Die Regierung sollte die Vorlage ordentlich vorbereiten und uns frühestens im nächsten Jahre einen Bericht erstatten, dann können wir uns die Sache überlegen. In der Kommission wurde sogar ein Antrag gestellt, aus diesem Fonds an Korporationen, Kommunen und Private Darlehen zu dem Zweck neuer Anstellungen zu gewähren, also eine große Pampation für die in Verlegenheit befindlichen deutschen Gutsbesitzer in Posen. Das war auch dem Minister zuviel; der Antrag wurde abgelehnt oder zurückgezogen. Die Regierung ist im Begriff, einen verhängnisvollen Schritt zu thun; sie werden diesen Schritt ebenso bereuen, wie frühere Schritte. Es wird eine Zeit kommen, wo es heißen wird: wir waren damals nicht dabei. Um dies zu vermeiden, beantrage ich namentliche Abstimmung über meinen Antrag. (Beifall im Centrum.)

Nach der inzwischen festgestellten Rednerliste haben sich 21 Redner gegen und 11 Redner für die Vorlage gemeldet.

Abg. v. Rauchaup (Kons.): Der Abg. v. Huene verlangt die Vorlegung von statistischem Material, obgleich er die Statistik über die Sprachkenntnis der Rekruten in Posen als mangelhaft und werthlos verworfen hat. Auch dieses Material würde nichts beweisen. Wir glauben, daß das vorliegende Material hinlänglich beweist, daß die deutsche Nationalität hinsichtlich der Sprachgrenze verschoben worden ist. Bei der Verhandlung des Antrags Agendoch ist bewiesen worden, daß die deutsche Bevölkerung von 1870—1880 lange nicht in dem Verhältnis sich vermehrt hat, wie die katholische, oder, was dasselbe ist, wie die polnische. (Widerpruch im Centrum.) Diese Zunahme der polnischen Sprache in Posen und Westpreußen wird durch die Statistik der Rekrutenausshebungen vollständig bestätigt. Auch Herr Hünel hat den großen Zug von Ost nach Westen zugegeben; aber in dogmatischer Weise führt er dies zurück auf ein Kulturmando des deutschen Elements. Nein, die Deutschen fühlen sich dort unbehaglich und wandern lieber aus nach Westen, wo sie erträglichere Zustände finden. Die deutschfreisinnige Partei sollte sich doch stark bedenken, ob sie die Stärkung des deutschen Elements in jenen Provinzen nicht mehr will. Sprechen Sie es nur aus, mir soll es annehmlich sein. Ich habe Vertrauen zu der Vorlage, und das Vertrauen zu der Staatsregierung, daß sie dies Gesetz sachgemäß ausführen wird; und deswegen sind meine Freunde und ich bereit, für die Vorlage zu stimmen, wie sie aus der Kommission gekommen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Dirschlet: Weil wir nicht wissen, wie die Sachen sich gestalten werden, deshalb halten wir es mit unserer Pflicht gegenüber den Steuerzahlern für unvereinbar, auf eine unabsehbare Zukunft die Kleinigkeit von 100 Millionen Mark auf dem Altare des Vaterlandes zu opfern. Mit einer leichten Redemondung hat Herr v. Rauchaup katholisch und polnisch nicht nur für Posen, sondern auch für Westpreußen als identisch hingestellt, und doch könnte ihm ein Blick in offizielle Zeitungen zu Wahzeiten zeigen, mit welchem warmem Appell die Regierungsoorgane der deutschen katholischen Bevölkerung ans Herz legen, daß ja einen freikonserativen oder wenigstens nationalliberalen Mann, ja seinen Polen zu wählen. (Sehr laut links.) In Westpreußen, speziell im Wahlkreis Ebing-Marienburg, können Sie die Polen mit der Patrone suchen und doch giebt die katholische Bevölkerung bei den Wahlen den Ausschlag. Herr v. Rauchaup hat einmal etwas davon gehört, daß für Posen Polen und Katholiken identisch sind, daraus folgt für ihn, daß überall Katholiken und Polen identisch sind. Das ist konservativer Logik. (Gelächter; sehr laut links und im Centrum.) Wenn Herr von Rauchaup durch dieses lächerliche launeliche Kunststück (Heiterkeit) es so darzustellen versucht, als ob wirklich das polnische Element das deutsche verdränge, so ist dies in Bezug auf einen großen Theil des Ostens absolut falsch. Das polnische Element legt sich dort an, wo das deutsche aus Unzufriedenheit, nicht wegen Drangsalirung seitens der Polen mit den Ernährungsverhältnissen den Ort verläßt. Die Niederlassungen anlangend, so vermieße ich die Erklärung eines Regierungsbeamten, und eine zweite, die wesentlich mobilisirte Erklärung des Ministers für Landwirtschaft über die Frage, ob und in welchem Umfange die Staatsregierung von dem Uebertragungsrecht in freies Eigentum durch freie Vereinbarung Gebrauch zu machen gedenkt. Zweitens wende ich mich zu der letzten, ja scherzenden Art, in welcher der Kommissionsbericht über die allerersten Verfassungsveränderungen hinweggeht. Das Gesetz selbst hat durch die Kommission leider keine wesentlich verbesserte Gestalt erhalten. Abgesehen von unserem prinzipiellen Widerspruch wäre doch die in § 2 der Vorlage ausgesprochene Verleihung zum Eigentum oder zu Leihpacht als ein den rechtlichen Anschauungen der Gegenwart entsprechender modus procedendi gewesen. Die Konventionen beantragten dem gegenüber die Erbpacht als Ersatz, ohne den das Gesetz für sie unannehmbar wäre. Mit Hilfe der Nationalliberalen ist nun, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch der Sache nach durch das Institut der Rentengüter

dasselbe von Volk werde, Ihrer hat nach vom Na schreiben und wäre die unterlass thumsbe dem Be Ueberla Muechere zeichnun des Re In meld die sie Renter ist, neu Lasten stark b früheres sie etwa wir dem Entwur unvereit schaum Preue haben, er statt weil er es nicht uns für vor. (Ab mission überaus tatisch welche die bi Mar e mission Freund nicht tr unerqu ist mit meinen, sie verli bringen mit den vollkom nicht s. Rauchaup liegen, polnisch Herr D wollen; und d weder treffen, Ich glö Stande das de nicht System stand will; in and will de und ei Bauern widerst Großen Renten leit du nur, de fallen machi. Natur, rung f den W schichte Friedri eignet, ich St spruch A Abg. r ihm b das v gegen. Um a welche Westp sei e mit d Polen entpre Borga Kändn Abänd dern In W jetzt der Wie Gmau sachli Dohn, der s sein, e man f Maru kauf el die Z nichter theil. Weiter Jahre Tende zuweil Gesetz Y tags r Magn lichen? judica Mater hber! Jahre richter stione tägige Refung

wierig- dasselbe erreicht worden. Als ich in der Kommission etwas
latische, verbe, da erhob sich ein Sturm der Entrüstung, aber einer
itation Sache; aber il vers- it hat. Hand- al zur Sehr Ueber- en an lungen Wenn ich zu material ngaben i ver- scheid meinen on den einer mfangs (trum.) merle r und r We- k nur So Antrag Abtrag Jahren aggen alchem Besty enüber mann- swalde er § 1 ist kein berück- Staats- dieser en ge- Staats- rundes ährend Rosen- r be- Die nberci- einen legen. diesem arlehne o eine t deut- ler zu- Die tritt zu frühere d: wir intrage fall im
sch 21
ne ver- er die Bosen M- as vor- Railo- A. Bei worden, nicht in r, was (trum.) Wes- n voll- ug von e führt uments. andern finden, ob vingen es an- nd das sach- e und Rom-
Sachen Pflicht unabh- auf eichen polnisch i den- stände weil die g ans ghten (Sehr Abing- suchten Zahlen davon Ad, iden- licher: von Kunst- s ob ränge, absolut deutsche des der Die eines modifi- er die g von de ich Rom- n hin- leiter n von n § 2 oder gense- r'sch, Abste- tliche ngüter

haben, um sich von der Nothwendigkeit aktiver Maßnahmen zu überzeugen, den wurden auch weitere Materialien nicht über- zeugen. Noch fast jede Vorlage der Regierung hat den Vor- wurf oberflächlicher oder ungenügender Begründung erfahren müssen, und so glaube ich mich auch bei dieser Vorlage mit Rücksicht auf die Geschäftslage weiterer Bemühungen enthalten zu können. Die Anträge und Ausführungen des Herrn von Quene sind rein dialektischer Natur, alle seine Argumente sind schon erörtert. Ein Widerspruch zwischen den Motiven der Vorlage und meinen Ausführungen liegt in keiner Weise vor; es ist auch kein Widerspruch, wenn in den Motiven die Flottwell'schen Bestrebungen einmal als erfolgreich und an einer anderen Stelle als nicht erfolgreich bezeichnet werden. Die Flottwell'schen Bestrebungen sind von Haus aus ganz anderer Natur als die hier vorliegenden. So lange sie ausgeführt wurden waren sie keineswegs ohne Erfolg, aber sie wurden zu kurze Zeit und mit ungenügenden Mitteln verfolgt. Ihre Ausführung beschränkt sich auf einen Zeitraum von 11 bis 12 Jahren, die Mittel belaufen sich auf nicht ganz eine Million Thaler. Ferner wurden damals wesentlich größere polnische Besitzungen in Substationen erworben und die Bildung von Rittergütern zu 1000 und 1500 Morgen betrieben. Mit diesen Mitteln sind einige 30 Güter und Herrschaften angekauft worden, und wäre in der Weise fortgefahren worden, so hätten sich sicher nach 30 oder 40 Jahren günstige Resultate erzielen lassen. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß der einfache Uebergang von polnischem Großgrundbesitz in deutsche Hände durchaus keinen großen Werth für die Germanisirung, keine Wirkung auf die gleichzeitige Verstärkung des germanischen Elements in den unteren Schichten gehabt hat. Hier ist Stagnation, ja fast Rückgang eingetreten, wie die statistischen Erhebungen in der Schulverwaltung und beiden Aushebungen beweisen. Die Vorlage will den Ankauf von Grundbesitz wesentlich und alleinig zum Zweck der Verstärkung des Kleingrundbesitzes, um in derselben Weise, wie zur Fredericianischen Zeit, mit Erfolg deutsche Bauernhöfe und Kolonien anzulegen. In der absoluten Zeit war die Anlegung solcher Kolonien relativ leichter und einfacher als unter dem heutigen komplizierten Verwaltungsapparat mit seinem Verwaltungsfreistatuten v. dgl.; diese Schwierigkeiten werden anerkannt, sind aber nicht unüberwindlich. Derartige Kolonisationen haben bis in dieses Jahrhundert hinein mit Erfolg gemacht werden können, wenn man gleich ganze Gemeinden mit selbstständiger Existenz kaufte. In den 20er Jahren ist die Herrschaft Flatow, ein Areal von über 7 Quadratmeilen, vom hochseligen König für den Kron- adelkommis angekauft und darauf die Kolonisation zugleich mit der Regelung der bäuerlichen Verhältnisse ausgeführt worden; die Hälfte dieses Besitzes, soweit sie nicht Wald war, wurde im Anschluß an vorhandene Gemeinden an Kolonisten gegeben, oder es wurde mit der Bildung ganz neuer Dorf- und Ortschaften vorgegangen. Die damals neu ge- bildeten Gemeinden bestanden und prosperieren noch heute. Diese Erfahrungen sollen jetzt zum Muster genommen, und ihnen entsprechend wird operirt werden. Daß die mit der Ausführung des Gesetzes verbundenen Trans- aktionen sehr viel Schwierigkeiten bieten werden, ist ungewiss- haft, daß die Integrität unseres Beamtenthums auf die schwer- sten Proben gestellt wird, ist sehr wohl möglich. Aber ich habe zum preußischen Beamtenthum das feste Vertrauen, daß es diese Aufgabe mit derselben Treue und Ehrlichkeit wie hundert andere ebenso schwierige lösen wird. Bei der Eisenbahnver- staatlichung handelte es sich um Milliarden; ist auch nur der Schatten eines Malels auf den mit der Durchführung derselben betrauten Beamten haften geblieben? Die Transaktionen und namentlich die Ankäufe müssen die schärfste Prüfung vertragen können, denn diejenigen, welche die Verhandlungen zu führen haben, werden allerdings Verdächtigungen aller Art ausgesetzt sein. Deshalb müssen auch alle diese Geschäfte sich in der offenkundigen Weise abspielen, und aus diesem Grunde verlangt die Regierung auch nicht, daß die Ausfüh- rung des Gesetzes lediglich einer Person, einem Minister oder einem verantwortlichen Kommissar übertragen wird, sondern sie schlägt selbst die Einsetzung einer Kommission ad hoc vor, die, natürlich unter verfassungsmäßiger Vertretung und Zuständigkeit des Staatsministeriums, alle in Betracht kommenden Fragen prüft und dementsprechend die Durchführung des Gesetzes bearbeitet. Diese Aufgabe ist schwierig, aber nicht unlösbar, und die Regierung sieht in dem bisherigen Verlaufe der Diskussion in den Häusern des Land- tages eine Befähigung dafür, daß der Landtag das Vertrauen hat, daß sie die ihr hier gewährten großen Mittel nicht in un- richtiger und mißbräuchlicher, sondern in lokaler Weise zur Durchführung der gewollten Zwecke benutzen wird.
Ein vom Abg. Dirichlet mit dem Hinweis auf die Verhandlungen des Reichstages und die Rücksichtnahme des- selben auf das Abgeordnetenhause motivirter Verlegungsantrag wird gegen Centrum, Freisinn und Polen abgelehnt.
Abg. Dr. Sattler (nationallib.): Wenn wir Hunderte von Millionen für Kanäle ausgeben wollen und Milliarden für unsere Staatsbahnen ausgegeben haben, dann sind doch Hundert Millionen nicht zu viel für diesen großen Zweck. (Lachen.) Friedrich Wilhelm I hat 6 Millionen Thaler in 6 Jahren ausgegeben, um Wittauen zu kolonisiren, und wir sollten heutzutage nicht 100 Millionen für 20 Jahre ausgeben dürfen? Ueber die Verwendung des Fonds sind ja auch hin- reichende Garantien geschaffen. Ueber den erfolgten An- kauf und Verkauf der Güter und deren Verwaltung ist dem Land- tage Rechnung zu legen und steht der Ober-Rechnungs- kammer die Kontrolle zu. Ein Theil meiner Freunde hätte ja einer ratenweisen oder beschränkteren Bewilligung den Vorzug gegeben. Die Festlegung einer größeren Summe für 20 Jahre vermeidet aber die Nachteile der jährlich wechselnden Preis- schwankungen, denen zu Folge die Forderungen für Bauten und Lieferungen oft in einer unverhältnismäßigen Höhe im Etat erscheinen. Die Etablierung von Rentengütern, wie sie die Vorlage vorschlägt, vereint den Vortheil des Eigentums- erwerbs mit dem der Zeitpacht. Die Eigentumsvermehrung würde zu viel Kapital erfordern, welches jüngere Bauernsöhne, die wohl vorwiegend in jene Gegenden einwandern würden, nicht aufbringen könnten. Die bloße Zeitpacht würde den nationalen Zweck dieser Vorlage wenig fördern. Die Einrich- tung der Rentengüter schließt die Gefahr der Parzellirung aus und läßt die Auswahl tüchtiger Kräfte zu. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)
Ein wiederholter Verlegungsantrag wird abgelehnt, dagegen ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen.
Persönlich bemerkt Abg. v. Tiedemann (Bomsl): Der Abg. Kantak hat von Polenstimmern gesprochen, die als Stiere auf ein rothes Tuch loszuführen. Dabei hat er mich sehr scharf angefaßt. (Große Heiterkeit.)
Präsident v. Köller: Der Bild genügt nicht, daß Sie darauf hin eine persönliche Bemerkung machen können.
Abg. Kantak: Ich habe ausdrücklich gesagt, ich spräche nicht von Anwesenden. Für einen Stier halte ich Herrn von Tiedemann nicht. (Große Heiterkeit.)
Abg. v. Tiedemann: Und ich Herrn Kantak nicht für einen rothen Lappen. (Große Heiterkeit.)
Abg. Kantak: Wenn ich einen Lappen hätte, würde ich ihm denselben vorhalten.
Referent Abg. Hagens weist die Angriffe des Abgeord- neten Dirichlet gegen den Kommissionsbericht zurück. Er habe den Bericht mit der größten Objektivität abgefaßt und sich keiner Auslassung schuldig gemacht.
In namenlicher Abstimmung wird darauf mit 218 gegen 120 Stimmen der Antrag Quene abgelehnt. Die Mehrheit besteht aus den beiden konservativen Gruppen, den National- liberalen und dem Abg. Spielberg.

Der § 1 wird gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, der Freisinnigen, der Abg. Spielberg, Potichius, v. Berger (Arnswalde) und Zannen angenommen.
Um 4 Uhr wird die weitere Beratung bis Freitag 11 Uhr vertagt. Außerdem steht die zweite Lesung des Gesetz- Entwurfs, betreffend die Fortbildungsschulen in Posen zur Berathung.
* * *
53. Sitzung vom 31. März, 11 Uhr.
(Wegen Raummangels verspätet.)
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrages auf Annahme eines Gesetzesentwurfs zur Abänderung des Gesetzes vom 25. Mai 1873 über die Einführung einer Klassen- und Klassenarten Einkommensteuer. Derselbe geht dahin, in denselben Land- und Stadtgemeinden, in denen das Bürger-, bezw. des Stimm- und Wahlrecht in Kommunalangelegenheiten an die Bedingung eines jährlichen Klassen- steuerbetrages von 9 resp. 12 M. geknüpft ist, an die Stelle der genannten Sätze den Stufenatz von 6 M. treten zu lassen. — Abg. Frigen (Centrum) verwies bei Besprechung des An- trages darauf, daß durch die bestehende Gesetzgebung in vielen Gemeinden die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden von dem Wahlrecht ausgeschlossen seien und die Gemeindeverwaltung fast ausschließlich in kapitalistischen Händen ruhe. Darin liege eine Ungerechtigkeit, die dringend der Abhilfe bedürfe. — Abg. Schreiber (kons.): Er wolle nicht die Hand dazu bieten, in die Rechte der Gemeinden einzugreifen, wozu nach Lage der Sache eine dringende Nothwendigkeit nicht vorliege. Er und seine Freunde würden deshalb gegen den Antrag stimmen. — Abg. Mosler (Centr., Mittragsteller) betont, daß Dreiklassenwahlsysteme leide an dem Fehler, daß es den Grund- besitz verhältnismäßig begünstige. Nur auf dem Boden dieses Systems könne jene Sumpfpflanze, das Klientelwesen, sich aus- breiten. — Abg. Seyfarth (Magdeburg, nat.-lib.) hält es für bedenklich, gegenwärtig einen Schritt zur Erweiterung des Wahlrechts zu thun. Der Antrag sei lediglich gestellt im politischen Interesse des Centrums. — Abg. Fuchs (Centr.) tritt dem entschieden entgegen. Wenn der Reichstag das Dreiklassenwahlsystem für das elendeste aller Wahlsysteme bezeichnet habe, so sei er berechtigt, das mit einem Census verbundene Dreiklassenwahl- system als das allerelendeste zu bezeichnen. Zum Mindesten möge man den Antrag prüfen und den Versuch machen, die vorhandenen Mängel zu beseitigen. Er (Fuchs) nehme für seine Partei dieselbe Reichstaxe in Anspruch, wie der Vor- redner für die seinige. Es handele sich hier nur um die Be- seitigung des allerelendesten Wahlrechts, das überhaupt existire. — Abgeordneter von Derven (freisinn.) erklärte, daß seine Partei mit den Konservativen und den Nationallibe- ralen für Uebergang zur Tagesordnung stimmen würde. — Abgeordneter Belle (deutschfreis.) beantwortete den An- trag, indem er darauf hinwies, daß auch für die östlichen Pro- vinzen die Bestimmung, durch Ortsstatut den Census zu er- höhen, existire, daß von denselben aber niemals Gebrauch ge- macht worden; zur Aufrechterhaltung einer so exorbitanten Be- schränkung des kommunalen Wahlrechts liege auch kein Noth-wendigkeit vor. Abg. v. Synern (nat.-lib.) machte dem gegenüber geltend, daß man mit diesem Antrage nicht den kleinen Handwerkerkreisen, sondern ledig der zukünftigen Ar- beiterbevölkerung zu Gute kommen würde.
Die Diskussion wurde geschlossen und ein Antrag auf Ueberweisung des Antrages nachdem an die Gemeindekom- mission mit 122 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Der An- trag kommt somit im Plenum zur zweiten Berathung.
Es folgen Petitionen, die sämmtlich nach den Anträgen der Kommission ihre Erledigung fanden.
Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Anstehungszeit).
Kommunales.
Stadtverordneten-Versammlung.
Sitzung vom Donnerstag, den 1. April.
Der Stadtverordneten-Vorsteher, Herr Büchtemann eröffnet die Sitzung um 5¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Abtheilungen haben die Wahl von 10 Mitglie- dern für den Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage, be- treffend den Ankauf von Terrain des Grundstücks Friedrichs- straße 127 zur Verwendung für das Friedrichs-Gymnasium; von 10 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage, betreffend die Anlegung von 2 neuen Straßen zur Verbindung der Blumenstraße mit der Großen Frankfurter- straße und mit der Schillingstraße und von 15 Mitgliedern für die gemischte Deputation zur Berathung der Frage, welche Stellung die Stadtgemeinde zu dem Projekt der Spreeregulirung einzunehmen hat — vollzogen.
Nach Eintritt in die Tagesordnung werden eine Anzahl Naturalisationsgesuche geschäftsordnungsmäßig erledigt.
Das Projekt zur Einrichtung eines Pavillons auf dem Arbeitshausgrundstücke in Kummelsburg zu einer Anstalt für verwahrloste Knaben wird genehmigt.
Der Etat der Reuterstiftung wird en bloc an- genommen.
Festlegung von Baufluchtlinien für die Ver- längerung der Charlottenstraße von der Georgenstraße bis zum Weidenbamm und Verkauf der Boullschleiren der Grundstücke Dorobrenstraße 12 und Georgenstraße 32 zum Abbruch. Die Vorlage wird einem Ausschusse von 15 Mitgliedern über- wiesen.
In den Ausschuss für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten und in die Armenverwaltung wird der Stadtverordnete Tropske; in die Brennmaterialien- Deputation und in das Kuratorium des Friedrich- Wilhelm-Hospitals der Stadt, Dr. Wegner, und in die Gewerbe-Deputation der Stadt, Loermer gewählt.
Auswahl der im Jahre 1886/87 neu resp. umzu- pflanzenden Straßen und Plätze. Zu den Anträgen des Aus- schusses stellen verschiedene Mitglieder der Versammlung Ab- änderungsanträge, die darauf hinauslaufen, besonders die innere Stadt bei der Neupflasterung zu berücksichtigen.
Hierbei findet der Stadt, Samm, daß bei einigen dieser Vorschläge ein persönliches Interesse der Antragsteller vorliege.
Im Anschluß hieran bemerkt der Stadt, Goerdi: Mit lebhaftem Bedauern haben wir wahrgenommen, daß ein Unterschied zwischen den einzelnen Stadtgegenden gemacht wird. Das Interesse der Stadt erfordert, in erster Linie die pflasterungsbedürftigsten Straßen vorzunehmen. Bei den be- schränkten Mitteln der Stadt sind wir ohne Erhöhung der Steuerlast nicht in der Lage, alle Wünsche der Herren Hausbesitzer, die in unserer Mitte sitzen, zu erfüllen. Die Worte des Stadt, Samm sind sehr werthvoll. Wir werden uns auf ihn be- zuziehen, wenn wir behaupten, daß bei solchen Sachen persönliche Interessen vorhanden sind. Möge man dort Pflasterungen vornehmen, wo sie notwendig sind. In der Hasenbalde z. B. sind bei Thauweiter die Straßen unpflasterbar, die Leinwegstraße bleiben stecken. Dort muß geholfen werden!
Die Anträge des Ausschusses werden zum größten Theil unverändert angenommen.
Zum stellvertretenden Mitglied der Be- zugs-Kommission für die klassifizierte Einkommensteuer wird in gemeinschaftlicher Sitzung beider Gemeindebehörden der Stadt, Baufe gewählt.
Revision des Ortsstatuts für die Kanali- sation. Nach längerer Diskussion wird die Einsetzung einer gemischten Deputation für diese Angelegenheit beschlossen.
Städtische Elektrizitätswerke. Der Stadt,

